

aus
politik
und
zeit
geschichte

Kern 04, D

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Rudolf Schloz

Problematik der Veränderung
der lateinamerikanischen
Gesellschaft

Helmut Wagner

Der „Kontinentalismus“
als außenpolitische Doktrin
der USA und ihre
historischen Analogien in Europa

B 23/70

6. Juni 1970

Rudolf Schloz, 39, Diplom-Volkswirt, 1957 Promotion, 1966/69 Leiter des Regionalbüros des Instituts für Internationale Solidarität in Santiago de Chile, seit 1969 Abteilungsleiter im Institut für Internationale Solidarität, Ständiger Mitarbeiter des „Auslandskurier“.

Veröffentlichungen: Entwicklungshilfe der Tat — Rednerdienst Nr. 6 der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer; Die deutschen Freiwilligen- und Gemeinschaftsdienste und Freiwilligendienste in westeuropäischen Ländern, in: Lernen und Helfen in Übersee, Schriftenreihe des „Auslandskurier“, Band 4; zahlreiche Artikel über Entwicklungspolitik im „Auslandskurier“ und in „Entwicklung und Zusammenarbeit“; in Vorbereitung: Eduardo Frei — Profil eines lateinamerikanischen Politikers.

Helmut Wagner, Dr. phil., Diplom-Politologe, geb. 1929 in Rastenburg/Ostpr., 1963 bis 1965 UNESCO-Forschungsauftrag in Warschau, z. Z. Gastdozent an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die moralische Revolte des Leszek Kolakowski, 1961; Die ideologischen Kapriolen des Adam Schaff, 1967; Mit den Waffen von Karl Marx — Junge Polen wider den Monopolsozialismus, 1968; Stagnation in Polen, 1969; Strukturen und Typen deutscher Länder, 1969; Europa und die deutsche Frage, 1970.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Problematik der Veränderung der lateinamerikanischen Gesellschaft

Revolution, Reform oder Verteidigung des Status quo?

Gibt es eine „lateinamerikanische“ Gesellschaft? Finden sich in dem riesigen Subkontinent, von Mexiko bis Chile, dieselben oder wenigstens so nah verwandte Gesellschaftsformen, daß man bei allen Unterschieden, die zweifellos gegeben sind, eine „Einheit“ unterstellen darf, die Einheit, die es letztlich erst ermöglicht, die anstehenden Probleme auf kontinentaler Ebene zu untersuchen?

Dies ist zweifellos die erste Frage, die eine klare Antwort fordert. Eine zweite Fragengruppe schließt sich unmittelbar an, Fragen nach den Veränderungen dieser wie immer zu beschreibenden „lateinamerikanischen“ Gesellschaft. Welche Veränderungen sind sichtbar, welche angestrebt, welches sind die Gründe, die Richtungen und Tendenzen, die Stärke dieser Veränderungen, welches sind ihre Ziele? Von wem werden diese Ziele angestrebt, von wem bekämpft?

Die dritte Fragengruppe schließlich: Welche Wege, welche Möglichkeiten, welche Chancen gibt es? Was wird mit den „Veränderungen“ gewonnen? Ist der gangbare Weg die Revolu-

tion, die Reform oder die Verteidigung des Status quo? Wer gewinnt und wer verliert bei diesem Prozeß?

Die aufgeworfenen Fragen, die in drei Gruppen zu untersuchen sind, enthalten Sprengkraft, sie machen deutlich, daß nicht nur die Prozesse gesellschaftlicher Veränderung in ein Stadium gewaltiger Dynamik gelangt sind,

Helmut Wagner:

Der „Kontinentalismus“ als außenpolitische Doktrin der USA und ihre historischen Analogien in Europa . . . S. 23

sondern auch die Diskussion darüber. Es wird ebenso deutlich, daß das eine vom anderen nicht mehr zu trennen ist, daß die Verhärtung der Fronten gleichzeitig die Verhärtung des Dialogs bedeutet, daß die Radikalität von Handlungen oder deren Forderung Ausfluß der Radikalität der verschiedensten dahinterstehenden Ideologien ist.

I. Die „lateinamerikanische“ Gesellschaft

Gehen wir von der Tatsache aus, daß Gemeinsamkeiten auf bestimmten Sektoren Unterschiede auf anderen Gebieten implizieren und daß die Behandlung von Gemeinsamkeiten die

Mit freundlicher Genehmigung des Instituts für Internationale Solidarität wird dieser Beitrag aus Band 10 der Schriftenreihe des Instituts als Vorabdruck veröffentlicht. Der Band erscheint in Kürze unter dem Titel „Christliche Demokratie in Lateinamerika“ beim v. Hase & Koehler Verlag in Mainz.

Abgrenzung durch die gleichzeitig vorhandenen Unterschiede nahezu zwangsläufig mit sich bringen wie auch die Behandlung der Unterschiede immer wieder zur Betrachtung der Gleichartigkeit führt. Die Suche nach den Gemeinsamkeiten muß zu der Frage führen, inwieweit einzelne Elemente, welche die Ausbildung von Gesellschaftsformen bestimmen, oder wenigstens mitbestimmen, „kontinental“ sind.

Diese Elemente sind ebenso in der Geographie und Geschichte wie in der Wirtschaft, der Politik und letztlich der Psychologie der einzelnen Gruppen zu suchen. Diese Faktoren sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

1. Geographie

Geographische Gemeinsamkeiten und Unterschiede machen vor den politischen Staatsgrenzen nicht halt. Das „tropische Tiefland“, die „Sierra“, der „Altiplano“, die „Pampa“, die „tierra caliente“, die „tierra fria“, die „costa“, all das sind Begriffe, nahezu Eigennamen, die quer durch die verschiedensten Länder berechnigte Anwendung finden. Damit sind von Land zu Land die verschiedensten geographischen Gemeinsamkeiten gegeben, die auf die Lebensart und die Entwicklung der Bewohner der jeweiligen Gegend direkten und bestimmenden Einfluß ausüben. Staatsgrenzen, die ja erst sehr spät, zum Teil willkürlich, zum Teil nach einem Krieg mit den Nachbarn, entstanden sind, konnten bis heute in vielen Fällen keinerlei „Zäsur“ in Lebensart und Zusammengehörigkeitsgefühl gleicher Stämme bewirken. Vielfach ist es den dort lebenden Gruppen überhaupt noch nicht bewußt geworden, daß sie beispielsweise nicht nur Aymarás oder Quechuas sind, sondern darüber hinaus etwa Peruaner oder Bolivianer. Es ist den Motilonen im unwegsamen und von der Außenwelt abgeschnittenen Grenzland zwischen Kolumbien und Venezuela tatsächlich bis zum heutigen Tag gleichgültig, ob sie Kolumbianer oder Venezolaner sind. Unerheblich mag es auch sein, ob die Indios um den Titicaca-See Bolivianer oder Peruaner sind. In diesen wie in vielen anderen Fällen spielen Staatsgrenzen vor den ethnischen Gemeinsamkeiten keine Rolle.

2. Geschichte

Für den Subkontinent Lateinamerika fallen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die in die Vergangenheit zurückreichen und gleichem oder ähnlichem Geschichtsablauf entsprechen.

Der Kontinent kannte in der vorkolumbianischen Zeit in weiten Gebieten, besonders in den Gebirgsländern, aber auch in den tropischen Urwäldern Mittelamerikas hochentwickelte Indianerkulturen, die zum Teil sehr eigenständig erscheinen, zum Teil aber auch erstaunliche Verwandtschaften untereinander aufweisen. So ist die Ähnlichkeit der aus massivem Gold hergestellten Kunst- und Kultgegenstände der Chibchas (heutiges Kolumbien) und den gleichen in Mittelamerika aufgefundenen Gegenständen geradezu frappierend. Ebenso zeigen die Töpferarbeiten der Incas und der Azteken in Farbe, Form und Ornamentik mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Gemeinsam war diesen vorkolumbianischen Kulturen auch das großartige mathematische und besonders astronomische Wissen, andererseits aber auch die verhältnismäßig dürftige Kenntnis auf dem Gebiet der Landwirtschaft.

Für weitere Gemeinsamkeiten sorgte die „Conquista“, die Eroberung des Kontinents durch Spanier und Portugiesen, die Zerstörung der alten vorkolumbianischen Kulturen, das Aufzwingen des Christentums durch die Eroberer, vor allem aber auch die Vermischung der europäischen Eroberer mit den Ureinwohnern und damit die Begründung einer neuen „Rasse“. Die Kolonisation Lateinamerikas sorgte zweifellos für Gemeinsamkeiten in ungleich stärkerem Maße als sie Eigenständigkeiten herbeiführte. In ganz Lateinamerika läßt sich die heutige Bevölkerung unterteilen in wenigstens drei Hauptgruppen: Indios, Mestizen, Weiße. Dazu kommen in verschiedenen Ländern noch Neger, Mulatten sowie Orientalen, „Turcos“ genannt. Unterschiedlich sind hierbei lediglich die Prozentzahlen der Zusammensetzung eines Volkes aus diesen einzelnen Gruppen, nicht jedoch die Zusammensetzung aus den ethnischen Gruppen selbst.

Die Tabelle über die Zusammensetzung der Bevölkerung einzelner Länder macht die großen Unterschiede, wie sie von Land zu Land gegeben sind, deutlich. „Extreme“ Positionen aufgrund der Bevölkerungs-Zusammensetzung

kommen Argentinien und Honduras zu. Die Zahl der reinrassigen Indios ist in Guatemala am höchsten. Der Anteil an schwarzer Bevölkerung ist besonders hoch in Brasilien, während Haiti den üblichen Rahmen vollkommen sprengt.

Tabelle 1:

Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung (in %) am Beispiel einiger Länder Lateinamerikas¹⁾

| Land | Weißer | Mestizen | Indios | Schwarze und Mulatten |
|-------------|--------|----------|--------|-----------------------|
| Mexiko | 15 | 55 | 30 | — |
| Guatemala | 1 | 39 | 60 | — |
| Honduras | 1 | 91 | 6 | 2 |
| Salvador | 2 | 92 | 6 | — |
| Kolumbien | 25 | 50 | | 25 |
| Peru | 53 | | 46 | 1 |
| Chile | 30 | 65 | 5 | — |
| Argentinien | 90 | 10 | — | — |
| Brasilien | 62 | — | 1 | 11 26 |
| Haiti | — | — | — | 95 5 |

¹⁾ Quelle: Boletín Estadístico de América Latina, hrsg. von CEPAL (Centro de Estudios para América Latina) / Naciones Unidas, Santiago de Chile, sowie Ibero America-Handbuch, 5. Auflage.

Aufschlußreich ist, daß die amtliche Statistik Kolumbiens Mestizen und Indios zu einer Gruppe zusammenfaßt, während die Statistik für Peru Weiße und Mestizen in einer Gruppe ausweist. Allein diese Tatsache macht schon deutlich, daß es in Lateinamerika keine Rassen-diskriminierung gibt — eine weitere Gemeinsamkeit! — und daß die Aufgliederung in Indios und Mestizen bzw. in Weiße und Mestizen zum Teil gar nicht möglich ist.

In ganz Lateinamerika (mit Ausnahme Brasiliens) ist der 12. Oktober gesetzlicher Feiertag. Der Tag wird als „*dia de la raza*“ gefeiert, und der ursprüngliche Grund, die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus, ist längst in den Hintergrund getreten. Was ist hier mit „Rasse“ ge-

meint, wo doch feststeht, daß sich jedes Volk des Kontinents aus rassistisch verschiedenartigen Teilen zusammensetzt? Hier ist die Erkenntnis wichtig, daß sich „Volk“ und „Rasse“ nirgends auf der Erde decken und wohl auch in der Vergangenheit nicht gedeckt haben.

Nach Hellpach kennen wir keine Rasse, „die als Ganzes in einer geschlossenen Volksgemeinschaft lebte. Innerhalb der Räume, die von wesentlich einer Rasse bewohnt sind, ist diese rassistisch homogene Bevölkerung in Völkern und Volksstämmen aufgegliedert, die teilweise in grimmiger Feindschaft zueinander leben. Umgekehrt sind viele Völker, welche den sehr festen und bewußten Schicksalszusammenhang der ‚Nation‘ in sich ausgebildet haben, aus verschiedenen Rassen gemischt“. Diese letztere Feststellung gilt zweifellos für ganz Lateinamerika²⁾. Als gute Beispiele für das Bewußtsein, einer einzigen „Nation“ anzugehören, werden mit Recht immer wieder die Bevölkerung Chiles oder Mexikos genannt.

Rafael Caldera, der venezolanische Präsident, sagte: „Raza ist nicht biologisch aufzufassen. Wir sind eine kosmopolitische Rasse geworden, eine Weltrasse. Raza ist also ein philosophischer Begriff.“³⁾ Schon Simon Bolívar dachte an eine neue „Rasse“, als er schrieb: „Wir sind nicht Indianer und nicht Europäer, sondern eine Mischung zwischen den ursprünglichen Besitzern des Landes und den spanischen Eroberern; also Amerikaner von Geburt.“⁴⁾ Diese neue Rasse ist tatsächlich entstanden, und der gemeinsame Feiertag am 12. Oktober hat seine Berechtigung. Zweifellos hat auch die gemeinsame, von den Conquistadoren stammende europäische Sprache — Spanisch bzw. Portugiesisch — wesentlich zur Entwicklung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit, der neuen Rasse, beigetragen.

Eine weitere, geschichtlich bedingte Gemeinsamkeit ist der Kampf um die Unabhängigkeit

²⁾ Willy Hellpach, Einführung in die Völkerpsychologie, Stuttgart 1944, S. 29.

³⁾ Zitiert bei Eric Verg, Manana ist es zu spät, Frankfurt 1962, S. 125.

⁴⁾ Eric Verg, S. 128.

zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Doch auch hier zeigt sich sofort wieder die Verschiedenartigkeit: Während sich die Befreiung und Lösung Brasiliens vom Mutterland Portugal unblutig, quasi mit der Einwilligung des Königshauses in Lissabon in einer einzigen Willenserklärung vollzog, hatten die übrigen Teile des Kontinents ihre Freiheit in harten, blutigen Auseinandersetzungen gegen das spanische Mutterland zu erkämpfen. Bis zum heutigen Tag werden die Helden der Befreiung — Bolivar, San Martin, O'Higgins, Artigas, um nur die wichtigsten zu nennen — in allen Ländern des Kontinents gleichermaßen verehrt und gefeiert.

Eine weitere Gemeinsamkeit für alle Länder des Kontinents stellt die Einwanderung von Europäern im 19. und 20. Jahrhundert dar. Italienische, spanische, französische, irische, englische und vor allem auch deutsche „Kolonien“ sind auf dem ganzen Kontinent anzutreffen und stellen für die jeweilige nationale Gesellschaft ein interessantes, aber oft problematisches Phänomen dar: Ganz im Gegensatz zu europäischen Einwanderern in den USA bewahren diese Gruppen bis zur Gegenwart vielfach ihre nationalen Eigenheiten. Sie haben sich gegen die vollständige Integration gewehrt und bilden eigene Gemeinschaften, die sich von den echten „Einheimischen“ gern distanzieren — und dies auch noch, wenn sie in zweiter und dritter Generation im Lande leben und längst die argentinische, chilenische oder brasilianische Staatsbürgerschaft besitzen.

3. Wirtschaft

Auch wirtschaftlich betrachtet werden eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten quer über den Kontinent deutlich. Der ganze Subkontinent hat tropisches, im Süden subtropisches Klima. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft gehören demzufolge überwiegend der Welt der Tropen an. Kaffee und Bananen sind die typischen Produkte. Dazu kommen Kakao und Tropenfrüchte aller Art. Wir haben es hier noch überwiegend mit Agrarländern zu tun, in

denen allerdings die Industrialisierung immer rascher voranschreitet. Immerhin sind noch über die Hälfte der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Ein weithin sichtbares Charakteristikum ist hierbei die Monokultur, der Anbau nur eines Erzeugnisses. Trotz aller Bemühungen um die „diversificación“ sind die Monokulturen noch weithin verbreitet. Sie wurden bisher durch die Außenhandelsituation der einzelnen Länder stark gefördert. Allen Ländern Lateinamerikas gemeinsam ist die Tatsache, daß sich ihr Export auf jeweils nur wenige pflanzliche, tierische oder auch mineralische Rohstoffe beschränkt. Uruguays und Argentinien Exporte werden zu 90 % von der Viehzucht und Landwirtschaft bestimmt. In den Andenländern Chile, Bolivien, Peru und in Venezuela machen Bergbauprodukte — Kupfer, Zinn, Zink, Erdöl, Eisen, Silber und Blei — 70 bis 90 % des Gesamtexports aus⁵⁾. Der Export Ecuadors ist überwiegend von Bananen bestimmt, der Export Kolumbiens und El Salvadors vom Kaffee.

Damit sind die Länder Lateinamerikas auf dem Weltmarkt mit „ihrem“ Exportartikel bzw. mit den wenigen Produkten, die ihr Gesamtangebot ausmachen, allzusehr von den Industrienationen abhängig und allzusehr das Opfer der langandauernden Verschlechterung der „terms of trade“, der Exportbedingungen. Gemeinsam ist allen Ländern Lateinamerikas auch die außenwirtschaftliche Abhängigkeit von bestimmten Ländern. Wichtigster Handelspartner sind für alle Länder die USA. An zweiter und dritter Stelle kommen dann je nach Land, aber immer mit deutlichem Abstand hinter den USA, die Bundesrepublik Deutschland und England. Diese starke Außenhandelsabhängigkeit von den USA, die noch zu dem oft fragwürdigen Verfolgen der amerikanischen Eigeninteressen in Lateinamerika kommt, läßt die Wut der Lateinamerikaner gegen Imperia-

⁵⁾ Vgl. dazu Gustav Fochler-Hauke, Das politische Erdbild der Gegenwart, Berlin 1969, S. 350; sowie Wolfgang D. Höeckle-Ritter, Die Stellung Lateinamerikas im Welthandel, in: Lateinamerika in Wirtschaft und Weltpolitik, Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität, Band 1, S. 51 ff.

lismus und Ausbeutung der Nordamerikaner immer stärker anwachsen⁶⁾).

Monokulturen, Außenhandelsabhängigkeit und Schädigung durch die Verschlechterung der „terms of trade“ sind somit die schwerwiegendsten Gemeinsamkeiten der Länder des Kontinents auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die wenigen, an der Geographie und Geschichte des Kontinents sowie an den wirtschaftlichen Tatbeständen gewonnenen Einsichten lassen erkennen, daß — bei allen bestehenden Unterschieden — die Gemeinsamkeit so deutlich und so bestimmend stark ist, daß man mit Berechtigung von einer „lateinamerikanischen“ Gesellschaft sprechen und deren Probleme gemeinsam untersuchen und darstellen kann⁷⁾.

4. Die lateinamerikanische Gesellschaft

Wie stellt sich nun diese lateinamerikanische Gesellschaft typischerweise dar? Bekannt ist ihre „klassische“ Einteilung in mehrere „Schichten“ — eine Einteilung, der eindeutig statisches Denken zugrunde liegt und die deshalb besonders in der Gegenwart immer fragwürdiger für die praktische und immer unzureichender für die theoretische Erkenntnisgewinnung ist. Nach dieser Einteilung ist der sichtbare Kopf der Gesellschaft die dünne, herrschende Oberschicht, welche die wirtschaftliche und politische Macht im Lande fest in Händen hält und sie im Sinne klaren Eigeninteresses manipuliert.

Die typischen Vertreter dieser Oberschicht — meist Oligarchie genannt, auch „las familias“ — stützen ihre Macht überwiegend auf den Großgrundbesitz („latifundistas“) oder auf Industriezweige, die sie kontrollieren oder

ganz in Händen haben („monopolistas“). Ihrer wirtschaftlichen und sozialen Geltung wegen wird diese Schicht auch „clase alta“, „clase privilegiada“ oder „los poderosos“ genannt. Die politische Bedeutung dieser Klasse wird dadurch unterstrichen, daß sie typischerweise den Präsidenten des Landes sowie die übrigen wichtigsten Politiker stellt.

Unter dieser Oberschicht ist nach der hier vorgenommenen Einteilung die Mittelschicht angesiedelt, „la clase media“, eine im allgemeinen dünne Schicht der Gesellschaft, die es weder zu politischer noch zu wirtschaftlicher Macht gebracht hat, die aber dennoch ein deutliches Standesbewußtsein besitzt und in den meisten Ländern des Kontinents ständig — wenn auch langsam — im Wachsen ist. Zu dieser Gruppe zählen kleine, selbständige Geschäftsleute, „los comerciantes“, Angestellte und Funktionäre der öffentlichen Verwaltung, Angestellte von Privatbetrieben sowie Professoren und Lehrer, die in einem festen Vertragsverhältnis arbeiten und somit ein bescheidenes, aber meist sicher zu erwartendes Einkommen haben.

Oft leitet sich daher auch der Anspruch, zu dieser Mittelschicht zu gehören, gar nicht aus den materiellen Möglichkeiten der Lebensgestaltung ab, sondern aus der „capacidad mental“, aus geistigen Fähigkeiten also, die in einer oft sehr bescheidenen, aber doch klar über dem Durchschnitt liegenden Schul- und Berufsausbildung gewonnen wurde. Hierher gehört die Fähigkeit, lesen, schreiben und rechnen zu können, Fähigkeiten, die einen zur Tätigkeit hinter dem Schreibtisch eines Büros berechtigen (die auch in Lateinamerika gesuchten „white collar jobs“) und einen damit klar von der Unterschicht abheben. Auch in Lateinamerika können Vertreter dieser Mittelschicht Eigentümer eines Hauses oder eines Autos sein.

Die nächste Schicht, die Unterschicht, „la clase baja“, setzt sich zusammen aus Arbeitern der Städte und Landarbeitern (obreros y campesinos). Es sind Gelegenheitsarbeiter oder einfa-

⁶⁾ Fochler-Hauke, a. a. O.

⁷⁾ Fochler-Hauke spricht mit derselben Berechtigung vom „Außenhandel Lateinamerikas“ (a.a.O.); Tannenbaum untersucht Probleme wie Rasse, Religion, Erziehung und Politik auf kontinentaler Ebene (Frank Tannenbaum, Lateinamerika, Stuttgart 1963). Eine ganze Reihe von Autoren betont das gemeinsame Schicksal des ganzen Kontinents. (So z. B. Eduardo Frei: América Latina tiene un destino, Santiago de Chile 1967.)

che, doch in einem festen Vertragsverhältnis beschäftigte Hilfskräfte wie Arbeiter der Müllabfuhr, Boten und Pförtner bei Banken, Versicherungen, Ministerien und anderen öffentlichen Gebäuden, Nachtwächter und Gärtner. Zu dieser Gruppe zählt auch das Heer von Angestellten, Dienstboten und Kindermädchen in Privatfamilien. Die typischen Angehörigen dieser Klasse sind Analphabeten, oft mit einer geringen Schulbildung von ein, zwei oder vielleicht drei Jahren. Aufstiegschancen von Vertretern dieser Gruppe in die höhere Mittelschicht sind innerhalb der „klassischen“ Gesellschaft als sehr gering anzusprechen.

Unter dieser Unterschicht der Gesellschaft ist in Lateinamerika noch eine weitere Gruppe zu sehen, ein echtes Spezifikum des Kontinents, kein Teil der ‚Gesellschaft‘ mehr, doch ein nicht zu übersehender Teil der Bewohner eines Landes: die *Marginalbevölkerung*. Diese Gruppe ist keine „Schicht“ oder „Klasse“ mehr, denn sie ist weder in sich organisiert noch nach außen hin in irgendeiner geregelten Art vertreten. Es ist der Teil der Bevölkerung (*los marginados*), der vollkommen außerhalb der Gesellschaft dahinleben muß. Es sind die eigentlich Unterprivilegierten, die weder eine Ausbildung genossen haben noch die Möglichkeit geregelter Arbeits-, Verdienst- und Lebensverhältnisse kennen. Diese Gruppe bildet die Callampas, Favelas, Ranchos, Barrios, Villas miseria, Barriadas und wie sie sonst noch heißen mögen: die Elendsgürtel um die Hauptstädte und sonstigen großen Industriestädte des Kontinents. Sie bildet auch die Elendskerne auf dem Land. Dieser Bevölkerungsteil lebt in latenter oder offener Arbeitslosigkeit oder arbeitet im „tertiären“ Bereich, als Losverkäufer, Schuhputzer, Gelegenheitsarbeiter, von der Not oft genug zum Diebstahl und Raub, zur Prostitution und anderen Vergehen, oft auch einfach zum Betteln getrieben. Diese Gruppe der ‚Marginierten‘ ist zahlenmäßig höchst bedeutsam. (In Lima z. B. gehört ihr die Hälfte der Bewohner der Stadt an.) Sie ist in ständigem, raschem Wachsen.

Soweit die Unterteilung der Gesellschaft nach dem klassischen, statischen Modell. Diese Gliederung deckt sich im übrigen nicht mit der ethnologischen Untergruppierung in Weiße, Mestizen, Indios und Schwarze⁸⁾, wenn auch verallgemeinernd festzustellen ist, daß in Ländern mit starker Indio- und Mestizenbevölkerung die Oberschicht überwiegend von Weißen gebildet wird und der Anteil von Indios und Mestizen gerade bei der Marginalbevölkerung besonders hoch ist. In den Ländern mit beträchtlicher schwarzer Bevölkerung (Kolumbien, Brasilien) ist dieser Bevölkerungsteil ebenfalls überwiegend der Unterklasse oder Marginalbevölkerung zuzurechnen. Andererseits läßt sich die Zugehörigkeit von Weißen zur Unterschicht oder Marginalbevölkerung nirgends ausschließen, besonders nicht in Ländern mit einem hohen Anteil an weißen Bewohnern. Hier ist eine Tatsache bedeutsam, die bisher zu wenig beachtet wird, in naher Zukunft aber schon zum „Alptraum lateinamerikanischer Städte“ werden kann⁹⁾.

Karlstetter weist mit Recht darauf hin, daß die Bewohner der Elendsgürtel um die Städte keinesfalls alle „aus der Landflucht stammen, wie eine geläufige Meinung es will. Etwa die Hälfte von ihnen stammt aus der Stadt. Sie konnten dort mit der rapid einsetzenden Stadtentwicklung nicht mehr Schritt halten.“¹⁰⁾ Daß hierbei Weiße ebenso das Opfer schneller Entwicklung werden können wie Indios und Mestizen ist nicht verwunderlich. Der Alptraum im Sinne Karlstetters wäre hierbei nicht darin zu sehen, daß Weiße der Marginalbevölkerung zuzurechnen sind, sondern daß nicht nur Land-, sondern in immer stärkerem Maße Stadtbewohner, die bereits in die Gesellschaft integriert waren, aufgrund zu geringer Lebens-„tüchtigkeit“ zu Außenseitern der Gesellschaft werden.

⁸⁾ Vgl. Tabelle 1 auf S. 5.

⁹⁾ Stephan Karlstetter, Die Situation der lateinamerikanischen Sozialarbeit in Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien. Bericht einer Studienreise, hektographiertes Manuskript, Bonn 1969.

¹⁰⁾ Karlstetter, S. 12. Damit ist ein Teil der Marginalbevölkerung zu den Lebensschwachen zu zählen. Zum Vergleich: Etwa die Hälfte der Obdachlosen der Bundesrepublik gehört ebenfalls in diese Kategorie.

II. Die Veränderungstendenzen innerhalb der Gesellschaft

1. Ausgangslage

Der lateinamerikanischen Gesellschaft wird immer wieder der Vorwurf der Statik, des Beharrens, des Festhaltens an Vergangenen gemacht. Der Vorwurf ist in dieser globalen Form sicher falsch. Selbst wenn politisch handelnde Teile der Gesamtgesellschaft nicht um Veränderung gleich welcher Art bemüht wären, was in keinem Land Lateinamerikas der Fall ist, wären Veränderungen in starkem Ausmaß und sich steigerndem Tempo dennoch unvermeidlich. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist das Bevölkerungswachstum, das alle Länder des Kontinents ohne Ausnahme in eine Dynamik gerissen hat, die allein schon gewaltige Veränderungen in der Gesellschaft herbeiführen muß. Es ist dies eine im Wachstum inhärente Dynamik zur Veränderung der Gesellschaft, die von der Dynamik der Veränderung durch den Willen politisch handelnder Menschen zu unterscheiden ist ¹¹⁾.

Die nebenstehende Tabelle 2 führt zu folgenden Erkenntnissen:

a) Das Bevölkerungswachstum ist in Lateinamerika insgesamt größer als auf jedem anderen Kontinent der Erde. Die Bevölkerung Lateinamerikas wächst wesentlich rascher als die Gesamtbevölkerung Asiens oder Afrikas. Sie wächst mehr als viermal so rasch wie die Bevölkerung Europas und fast dreimal so schnell wie die Bevölkerung Nordamerikas.

b) Das Bevölkerungswachstum innerhalb Lateinamerikas weist von Land zu Land Unterschiede auf. Diese Unterschiede sind zum Teil gering (vgl. Dominikanische Rep. — Nicaragua), zum Teil beträchtlich groß (vgl. Uruguay und Argentinien mit El Salvador und Venezuela). Diese Unterschiede lassen den Schluß zu, daß die Länder des Kontinents, die verhältnismäßig stärker entwickelt sind als andere, ein geringeres Bevölkerungswachstum

¹¹⁾ Diese Art der Dynamik wird auf S. 11 ff. näher behandelt.

¹²⁾ Quelle: Boletín Estadístico de América Latina.

aufweisen als die rückständigeren Länder des Kontinents.

c) Aus der letzteren Erkenntnis läßt sich eine weitere Folgerung ableiten (aus der Tabelle 2 nicht ersichtlich), die in Zukunft von allergrößter Bedeutung sein wird: Innerhalb der Bevölkerung eines Landes wachsen die zurückgebliebenen Schichten (Clase baja und Marginalbevölkerung) verhältnismäßig rascher als die Oberschichten, werden also von Jahr zu Jahr einen höheren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Die für die lateinamerikanische Gesellschaft relevante Erkenntnis daraus ist eindeutig: Allein schon das natürliche Wachstum der Ge-

Tabelle 2:

Bevölkerungswachstum in Lateinamerika ¹²⁾
(am Beispiel von acht ausgewählten Ländern)
— Stand 1968

| Land | Einwohner in Millionen | Jährl. Zuwachsrate in % | Zahl der zur Verdopplung der Bevölkerung benötigten Jahre |
|-------------------------|------------------------|-------------------------|-----------------------------------------------------------|
| Chile | 9,1 | 2,2 | 32 |
| Argentinien | 23,4 | 1,5 | 47 |
| Uruguay | 2,8 | 1,2 | 58 |
| Venezuela | 9,7 | 3,6 | 20 |
| Domin. Rep. | 4,0 | 3,6 | 20 |
| Nicaragua | 1,8 | 3,5 | 20 |
| El Salvador | 3,3 | 3,7 | 19 |
| Jamaika | 1,9 | 1,8 | 39 |
| Lateinamerika insgesamt | 268 | 3,0 | 30 |
| im Vergleich dazu: | | | |
| Europa | 455 | 0,7 | 100 |
| Nordamerika | 222 | 1,1 | 63 |
| Asien | 1 943 | 2,2 | 32 |
| Afrika | 333 | 2,3 | 31 |

samtbevölkerung des Kontinents sowie jedes einzelnen Landes bringt zwangsläufige Veränderungen in der Gesellschaft mit sich, die zwar in der zahlenmäßig veränderten Zusammensetzung zugunsten der unteren Schichten und der Marginalbevölkerung und zuungunsten der oberen Schichten in Erscheinung treten, sich aber bestimmt nicht darauf beschränken, sondern Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft haben müssen. Dies wird besonders bei der Projektion der gegenwärtigen Wachstumstendenzen auf die Zukunft deutlich. Während im Jahre 1968 in Europa etwa 180 Millionen Menschen mehr lebten als in Lateinamerika, werden im Jahre 2000 in Lateinamerika voraussichtlich 120 Millionen Menschen mehr leben als in Europa. Während es in Lateinamerika im Jahre 2000 weit mehr als doppelt soviel Venezolaner geben wird als gegenwärtig, werden „nur“ eineinhalb mal soviel Argentinier und Uruguayer ihre Länder zusätzlich bevölkern.

Im Analogieschluß gilt wieder folgendes: Wenn heute in einem Land Lateinamerikas die Oligarchie 7 % und die Marginalbevölkerung 30 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, so können es im Jahr 2000 3 % für die Oberklasse und 50 % für die Marginierten sein.

Was bedeuten diese Wachstumsraten für die Veränderung der lateinamerikanischen Gesellschaft? In erster und letzter Konsequenz bedeuten sie die unausweichbare Forderung, sich diesen Veränderungen so rasch und so gut wie möglich anzupassen, es sei denn, das Wachstum als solches könne entscheidend geändert, etwa verringert werden. Oder es besteht eine Möglichkeit des stärkeren Wachsens der oberen Schichten und des geringen Wachsens oder des nicht mehr Weiterwachsens der unteren Schichten. Dies allerdings ist in kurzer Zeit und mit entscheidenden Konsequenzen nicht zu erwarten. Bevölkerungs„explosion“ bedeutet ja nicht nur das rasche Wachsen, sondern auch das der Planung und Kontrolle nicht mehr genügend zugängliche Wachsen. Daher die Notwendigkeit, sich den Veränderungen anzupassen, wenn die Veränderungen nicht

genügend rasch und umfassend in den Griff zu bekommen sind ¹³⁾.

Das Wachstum der Bevölkerung bedeutet aber auch das Wachsen der Schwierigkeiten, die sich einer notwendigen Anpassung naturgemäß als Hindernis präsentieren. Das rasche Wachsen bedeutet ein rasches Jüngerwerden der Gesamtbevölkerung. In Chile sind heute über 50 % der Bevölkerung unter 20 Jahre alt. In 20 Jahren werden es über 60 % sein. Ähnliche Verhältniszahlen lassen sich für alle anderen Länder errechnen. Dies bedeutet einmal, daß immer größere Teile der Gesamtbevölkerung im nicht arbeitsfähigen Alter bzw. in der Ausbildung auf einen Beruf oder im Studium stehen. Mit anderen Worten bedeutet es, daß für die immer größer werdende Gesamtbevölkerung ein verhältnismäßig immer kleiner werdender Teil von Arbeitenden das Sozialprodukt erarbeiten muß. Es bedeutet andererseits, daß der noch „orientierungslose“, nicht festgelegte, unzufriedene, revolutionäre Teil der Bevölkerung, die Jugend im weitesten Sinn, zahlenmäßig ständig größere Bedeutung erlangt und die Krisenanfälligkeit des gesamten „Systems“ somit verstärkt ¹⁴⁾.

Das Bevölkerungswachstum zwingt die Gesamtgesellschaft schließlich zu folgenden konkreten Maßnahmen: Zusätzliche Gewinnung von Nahrungsmitteln zur Versorgung der größeren Bevölkerung, zusätzlicher Bau von Wohnungen, von Schulen und Ausbildungsstätten aller Art, zusätzliche Ausbildung von Lehrern und Befähigung von Ausbildungsfachkräften, mehr Institute und Lehrstellen, mehr Arbeitsplätze und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten.

Die Bemühungen der lateinamerikanischen Gesellschaft, die heute bestehenden Defizite auf den genannten Gebieten zu beseitigen oder

¹³⁾ Dennoch ist das Bemühen um die Kontrolle, Senkung und Planung des Bevölkerungswachstums nach wie vor von allergrößter Wichtigkeit.

¹⁴⁾ In Chile kommen z. B. auf zehn arbeitende Menschen 25 nichtarbeitende (Jugendliche im nicht berufstätigen Alter bzw. in Ausbildung, Rentner, Arbeitslose). Dieses schon jetzt äußerst ungünstige Verhältnis wird sich der Tendenz noch weiter verschlechtern.

wenigstens zu verringern, müssen unter diesem Zwang der zusätzlichen Notwendigkeiten als unzureichend angesprochen werden. Diese zusätzlichen ständig wachsenden Notwendigkeiten sind letztlich dafür verantwortlich, daß sich trotz aller Anstrengungen die Versorgungslücke zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt im letzten Jahrzehnt nicht nur nicht verringert, sondern noch erweitert hat. Den genannten Problemen steht aber eine Gesellschaft gegenüber, die sich durch schroffe, bisher unüberbrückbare Gegensätze charakterisiert. Tannenbaum betont mit Recht, es gäbe „wenig Stellen in der Welt, wo die Unterschiede zwischen den ‚Bürgern‘ der gleichen Nation so groß sind. Kulturell sind die meisten Nationen Lateinamerikas ein Kaleidoskop ihrer Gesellschaft, von der primitivsten bis zur differenziertesten, von den nackten Amazonaskriegern (die in jedem Weißen ihren Feind sehen) bis zu den hochintellektuellen Kreisen in Quito, Lima oder Mexico-Ciudad, die Sartre lesen und sich als Existenzialisten fühlen. Diese sozialen Gruppen, die auf demselben Staatsgebiet die Extreme menschlicher Erfahrungsweisen repräsentieren, sind in Lateinamerika mehr verbreitet, als gemeinhin angenommen wird.“¹⁵⁾

Die große Divergenz zwischen theoretischem Erkennen und Umsetzen in die Praxis, die ja so oft und auf den verschiedensten Gebieten ihre unheilvolle Rolle spielt, ist auch hier mitverantwortlich, denn die Lehre von der Gleichheit aller Menschen ist zwar auch in den Verfassungen der Länder Lateinamerikas enthalten, doch der Gedanke, „daß innerhalb der Staatsnation die Kulturen gleichermaßen legitimiert sind“¹⁶⁾, hat sich bisher nicht in der Praxis durchgesetzt¹⁷⁾. Das meist ererbte Privileg, zur Führungsschicht des Landes zu gehören, verwandelt sich daher zusehends in ein drückendes Gewicht zur Verantwortung gegen-

über den Notwendigkeiten, sich den Entwicklungstendenzen innerhalb der Gesellschaft rechtzeitig und möglichst umfassend zu stellen.

2. Die Veränderung der Gesellschaft als politische Forderung

Wenn von Veränderungen der lateinamerikanischen Gesellschaft die Rede ist, wird gemeinhin nicht so sehr an die Dynamik zu Veränderungen gedacht, die das Bevölkerungswachstum impliziert, als vielmehr an aktive Eingriffe in den Prozeß seitens politisch handelnder Menschen, die Veränderungen gleich welcher Art nicht der „Entwicklung“ überlassen, sondern selbst durch zielgerichtetes Handeln erreichen oder erzwingen wollen. Diese aktiven Eingriffe sind so sehr Mittelpunkt des Interesses und der Polemik geworden, daß die erstgenannten Veränderungstendenzen oftmals nahezu übersehen werden¹⁸⁾.

Hier ist von der Statik erstarrter Gesellschaftsformen nichts mehr zu spüren, hier tritt der Wandlungsprozeß in eine allesbeherrschende Dynamik. Aus den Schichten und Klassen der traditionellen Gesellschaft werden Gruppen und Verbände, die gesellschaftspolitische Schlüsselpositionen bezogen haben oder zu beziehen gewillt sind: politische Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Studentenschaften, Jugendverbände, Lehrerverbände. Hierzu gehören in Lateinamerika die Armee und die Kirche, beide als politische Faktoren von meist entscheidender Bedeutung. Gesellschaftspolitische Bedeutung kommt außerdem Genossenschaften, Ausbildungsstätten zur Berufsausbildung sowie dem Radio- und Fernseh-Schulwesen zu.

Es ist leicht nachzuweisen, daß diese Gruppen und Verbände sich nicht mehr mit den Schichten und Klassen der traditionellen Gesellschaft identifizieren lassen, wengleich dieser Versuch immer wieder gewagt wird. Danach wer-

¹⁵⁾ Tannenbaum, S. 93.

¹⁶⁾ Ders., S. 94.

¹⁷⁾ Als bisher einzige Ausnahme kann Mexiko angesehen werden.

¹⁸⁾ Hierbei gilt, daß sich beide Wege zu Veränderungen gegenseitig bedingen und teilweise zusammenhängen.

den Mitglieder von Unternehmerverbänden pauschal der Oberklasse zugerechnet, Gewerkschaftsmitglieder der Unterklasse und der Marginalbevölkerung, Jugendverbände und Lehrerverbände „mehr den unteren Schichten“, während die Zurechnung bei Genossenschaften, Studentenverbänden, Organisationen der „teleeducación“ und der Armee kein einheitliches Schema mehr findet. Besonders interessant ist auch die Zurechnung der politischen Parteien zu den verschiedenen Klassen: Die konservativen und liberalen Parteien werden danach von Vertretern der Oligarchie gebildet, die sozialistischen, kommunistischen und sonstigen Revolutionsparteien wie auch demokratische Linksparteien von Arbeitern, Arbeitslosen und einigen Intellektuellen, die christdemokratischen Parteien rekrutieren sich zum Teil aus dem Mittelstand, in überwiegendem Maße jedoch aus der Unterklasse.

Ideologisch wie politisch gesehen, sind Unternehmer damit entweder konservativ oder liberal, während die Arbeitnehmer z. B. entweder kommunistisch, sozialistisch oder christdemokratisch sein müssen. Gemäßigte Parteien der Mitte fehlen bei diesem Versuch der Zurechnung, und dies ist etwa das einzige, was der Wirklichkeit tatsächlich standhält.

Wenn die Veränderung der Gesellschaft als politisches Postulat angesehen wird, muß dabei erkannt werden, daß Beweggründe zu den gewünschten Veränderungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur sein können. Welche Beweggründe die jeweils stärksten und wichtigsten sein sollen, kann nur am konkreten Fall entschieden werden, wobei die Entscheidung verschiedenartig ausfallen wird, je nachdem, wer entscheidet. In der Theorie sind die politischen, die wirtschaftlichen und die sozialen Veränderungen als gleichberechtigt und gleichermaßen wichtig anzusprechen. Die Interdependenz der drei Faktoren ist zudem allseitig gegeben, das heißt, wirtschaftliche Veränderungen erhalten entscheidende Impulse aus der Politik, aber auch aus der sozialen Entwicklung. Soziale Veränderungen wiederum hängen von der Politik und den

wirtschaftlichen Möglichkeiten ab, während die Politik ihrerseits in Abhängigkeit von den beiden Faktoren Wirtschaft und Sozialdynamik zu sehen ist. Es besteht somit ein Dreiecksverhältnis zwischen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dynamik zur Veränderung. Die Intensität und Richtung der wechselseitigen Einflüsse sind von Fall zu Fall verschieden und verändern sich außerdem in der Dynamik des Prozesses fortwährend.

Auf die Praxis und die lateinamerikanische Gesellschaft angewandt bedeutet dies, daß alles Bemühen um Veränderung politisch ist. Vorzugsweise die Politik ist mit dem Wechsel (cambio) befaßt, gleichgültig, wie er im einzelnen konzipiert sein mag. Doch was heißt: die Politik befaßt sich mit dem Wechsel, mit den Veränderungen der Gesellschaft?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommen wir zwangsläufig auf das *Problem der Entwicklung*. Jede Veränderung der bestehenden Verhältnisse soll ja einen Fortschritt darstellen, letztlich einen Fortschritt für den Menschen, der für die Veränderung kämpft. Unterstellt ist hierbei ein konkretes, zielgerichtetes Interesse von Staat und Gesellschaft an Entwicklung in jeder möglichen Form. Das Interesse des Staates muß aber allen Teilen des von ihm vertretenen Volkes gleichermaßen zugute kommen. Dies ist jedoch in reiner Form gar nicht möglich, denn das Interesse des einen wird durch das Interesse des anderen begrenzt oder gestört, die Forderung einer Gruppe läuft den Zielen der anderen Gruppe entgegen. Die Tatsache, daß wirtschaftliche und soziale Veränderungen¹⁹⁾ eine Einheit darstellen und meist auch zusammen gefordert werden, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um zwei ganz verschiedene Dinge handelt, die allerdings in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen, wobei diese Beziehungen sowohl fördern wie auch hemmen können. Es sind hierbei vier verschiedene Fälle direkter Wirkung denkbar:

¹⁹⁾ Von politischer Veränderung ist hier bewußt abstrahiert.

1. Die wirtschaftliche Entwicklung bringt eine günstige soziale Entwicklung mit sich,
2. die wirtschaftliche Entwicklung bringt sozialen Rückschritt,
3. die soziale Entwicklung wirkt sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus,
4. die soziale Entwicklung wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus²⁰⁾.

In diesem Zusammenhang muß die Frage gestellt werden, ob die wirtschaftliche oder die soziale Entwicklung Priorität verdient. Die Antwort auf diese Frage erfordert eine Entscheidung, die aber gerade in Lateinamerika Gegenstand heftigster Polemik ist. Die Entscheidungen dazu werden vom jeweiligen Interessenstandpunkt gefällt, wobei die Vertreter einer Gruppe jeweils nur die Optik der eigenen Gruppe kennen und dabei berechnete Interessen anderer Gruppen übersehen. Wichtig dabei ist auch, daß Anregungen für Veränderungsimpulse gerade in Lateinamerika nicht nur konkreter Art sind, sondern vielfach abstrakt ideologisch gegeben werden. Behrendt gliedert die Elemente der Veränderung in

²⁰⁾ Beispiel zu:

- 1) Die Industrialisierung, wie sie von allen Ländern Lateinamerikas angestrebt wird, kann das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, damit neue Kaufkraft entstehen lassen und somit für bisher unterprivilegierte und marginierte Bevölkerungsteile materielle und soziale Besserung bedeuten.
 - 2) Die Industrialisierung kann vermehrte Frauen- oder gar Kinderarbeit mit sich bringen, eine Erhöhung der Unfallquote, besonders für Arbeitsunfälle, eine Erhöhung der Risiken und das Nachhinken der Sicherungsmöglichkeiten für diese Risiken. (Vgl. dazu die industrielle Revolution in Europa.)
 - 3) Die Integration der Marginalbevölkerung in die Gesellschaft, z. B. mit Hilfe der Alphabetisierung von Analphabeten und deren Berufsausbildung, erhöht die Qualität der Arbeitnehmer und ermöglicht der Industrie dadurch raschere Fortschritte.
 - 4) Der Bau von Kindergärten und in noch höherem Maße der Bau von Arbeiterwohnungen, also der soziale Wohnungsbau, benötigt große Summen von Kapital; diese Mittel könnten z. B. für den notwendigen Bau von Straßen, Brücken, Häfen, Staudämmen (Infrastrukturmaßnahmen) „produktiver“ angelegt werden.
- Diese vier Beispiele zeigen, wie kontrovers die Zielsetzungen hier sein können und in der Praxis auch sind.

„1) die anregenden, also die Leitbilder, seien sie konkreter Art, in der Form sichtbaren Vergleichs mit Bessergestellten und ihren Lebensweisen, die nun als Vorbilder angenommen werden, oder abstrakt, als Informationen oder ideologische Botschaften;

2) die im engeren Sinne motivierenden, also die eigentlichen Mobilisierungsimpulse, und

3) die instrumentalen, also alle Verhaltensweisen, die dem Aufspüren, dem Erlangen und dem Einsatz von Mitteln für die Durchführung des Gewollten dienen!“²¹⁾

Aus diesen Gründen gewinnt die Gesellschaftspolitik im Rahmen der Gesamtentwicklung und besonders für die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft in Lateinamerika allgrößte Bedeutung²²⁾.

3. Wichtige Ziele der Veränderung der (lateinamerikanischen) Gesellschaft

Die Veränderungsimpulse, mögen sie aus der Praxis oder von der Ideologie her kommen, zielen zwar auf Öffnungen für den sozialen Wandel hin; „andererseits sagt der Begriff der Öffnung für den Wandel nichts über das Ziel, den Endpunkt der ausgelösten Bewegung aus. Er sagt auch nicht, ob die Bewegung auf Hindernisse stoßen wird, die sie aufhalten oder ablenken.“²³⁾ Auf die Praxis übertragen heißt dies, daß sowohl die Ziele des sozialen Wandels heftig umstritten sind als auch damit zu rechnen ist, daß das Streben nach einem konkreten Ziel jederzeit auf Hindernisse der verschiedensten Art und Richtung stoßen kann. Welches sind nun solche wichtige Ziele?

²¹⁾ Richard F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt 1965, S. 166.

²²⁾ Vgl. hierzu vor allem den Beitrag von Hans-Ulrich Reh, Evolutionäre Formen für die lateinamerikanische Gesellschaft?, Bd. 10 der Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität.

²³⁾ Peter Heintz, Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung, Stuttgart 1969, S. 7; von Interesse sind hierzu die Statistiken zur „Kontextanalyse“ der lateinamerikanischen Länder, S. 161 ff.

a) Die innere Integration

Das oben dargestellte Vorhandensein und das rasche Anwachsen der Marginalbevölkerung, die Existenz jenseits der Möglichkeiten der materiellen, geistigen, kulturellen, sanitären und medizinischen Bedürfnisbefriedigung, das Ausgeschlossensein von der Möglichkeit, politisches oder gesellschaftliches Leben mitzugestalten, die Unfähigkeit, sich als Mensch „realisieren“ zu können — um einen Ausdruck aus der christlichen Soziallehre zu benützen —, mit anderen Worten, der Zwang zu einem Leben, das sowohl für die Gesellschaft wie für den Marginierten selbst „sinnlos“ ist, all das drängt nach rascher Lösung des Problems, wofür es letztlich nur eine Möglichkeit gibt: die Einbeziehung der Marginalbevölkerung in die Gesellschaft des Landes mit dem Ziel einer neuen Gesellschaft aus beiden Teilen (la nueva sociedad). Die Öffnung für diesen Wandel muß der Mentalitätswandel darstellen, nicht nur bei den Marginierten selbst, sondern auch bei allen Teilen der Gesellschaft.

Für die Integration sind selbstverständlich eine Reihe schwerwiegender Hindernisse zu erwarten, die auf objektive wie subjektive Gründe zurückgehen: Das Integrieren bisher marginierter Teile der Bevölkerung erfordert technische Programme von gewaltigen Ausmaßen, die letztlich nur im Rahmen der integralen Entwicklung eines Landes zu lösen sind. Alphabetisierungsprogramme, Berufsausbildung, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten überwiegend durch Industrialisierung, Schaffung von Wohnungen, Anschluß an Wasser- und Energieversorgung, an das Verkehrsnetz, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationsmöglichkeiten, bewußte Erziehung zum Staatsbürger und anderes mehr müssen hierbei ein geschlossenes Programm bilden.

Sowohl von der Finanzkraft als auch von den zur Verfügung stehenden Fachkräften her ist nahezu jede Regierung des Kontinents aber mit solchen Programmen überfordert. Dies erscheint nach außen als Haupthindernis. Dazu

gesellen sich andere Hindernisse, die zum Teil in der Marginalbevölkerung selbst liegen, zum Teil aber in der etablierten Gesellschaft. Es gilt als erwiesen, daß weite Teile der Marginalbevölkerung nicht mehr bildungsfähig sind, sei es, weil sie ein Alter erreicht haben, das die Bildungsunfähigkeit herbeigeführt hat²⁴⁾, sei es, daß sie aufgrund von Unterernährung in der Jugend und daraus resultierendem niedrigem Intelligenzniveau oder aufgrund der fehlenden Erziehung und daraus folgender moralischer Haltlosigkeit den Ansprüchen für Erwachsenenbildungskurse nicht genügen können.

Die etablierte Gesellschaft ihrerseits möchte die Marginalbevölkerung wahrscheinlich gar nicht integrieren, sondern sie als Außenseiter abhängig halten. Sie wünscht die nueva sociedad gar nicht, denn sie ist ihr zu heterogen, zu verschieden im Niveau, zu nachteilig oder wenigstens zu unsicher für den eigenen, bisher verfolgten Lebenszuschnitt. Hier liegt möglicherweise das Haupthindernis für die innere Integration der Länder des Kontinents. Der Mentalitätswandel aber, der echten Integrationsbemühungen vorausgehen muß, ist ein Generationsproblem.

Kann diese Schwierigkeit dadurch umgangen werden, daß die Marginalbevölkerung nicht in die jetzt bestehende, etablierte Gesellschaft integriert wird, daß sich vielmehr die beiden vorhandenen Teile, die Gesellschaft und die Marginalbevölkerung, aufeinanderzubewegen und schließlich eine neue, eigenständige Einheit bilden? ²⁵⁾ Diese Frage ist noch ungeklärt; es ist jedoch wahrscheinlich, daß es sich hierbei lediglich um eine neue Variante handelt, die das alte Problem jedoch auch nicht lösen kann ²⁶⁾.

²⁴⁾ Dieses Alter muß bei Menschen, die noch nie in ihrem Leben systematisch „gelernt“ haben, verhältnismäßig niedrig angesetzt werden, etwa bei 30 bis 35 Jahren, denn auch das Lernen will gelernt sein, und zwar in der Jugend.

²⁵⁾ Diese Vorstellung wird von DESAL (Desarollo América Latina), Chile, der Organisation des Hilfswerks Misereor in Lateinamerika, vertreten.

²⁶⁾ Die dadurch entstehende Frage: was geschieht, wenn die innere Integration nicht gelingt? wird im dritten Teil dieses Beitrags behandelt.

b) Die äußere Integration

Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten des Kontinents einerseits und die vielfältigen ethnologischen und soziologischen Verwandtschaften der Bewohner dieser Staaten untereinander andererseits erfordern auch ein rasches weiteres Zusammenwachsen der Gesellschaft des Kontinents. Die ALALC²⁷⁾ und der gemeinsame Markt Zentralamerikas sind bedeutende Anfänge auf wirtschaftlichem Gebiet: Diese äußere Integration ist ein wichtiges Ziel lateinamerikanischer Politik und von allen Präsidenten des Kontinents 1967 auf der Konferenz von Punta del Este in Uruguay feierlich bejaht worden. Wenn diese äußere Integration zunächst auch überwiegend wirtschaftliche Ziele zeigt, steht doch fest, welche gewaltige soziale Bedeutung sie hat und in Zukunft noch stärker bekommen muß, denn eine unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung bedeutet Arbeitslosigkeit, Unterernährung, Hilfslosigkeit und Lebensangst — alles Phänomene, die sich als Druck auf die Gesellschaft des Kontinents auswirken.

Daß diese äußere Integration über das Wirtschaftliche hinaus gerade auch notwendige Impulse für die Umstrukturierung der Gesellschaft zu erbringen hat und in dieser Richtung konzipiert ist, geht aus den Worten des chilenischen Präsidenten Frei hervor, der in diesem Zusammenhang am 16. August 1966 in Bogotá sagte: „Die Völker, die zerrissen und zerstritten sind, werden immer kleiner, immer unbedeutender. Sie sind reine Objekte der Geschichte, keine gestaltenden Kräfte; müssen Entscheidungen, die andere über sie ohne ihre Mitwirkung fällen, einfach annehmen und ausführen. Geteilt und uneinig wie wir sind, können wir unsere Naturschätze und vielfältigen Möglichkeiten nicht nutzen, wir verschwenden unsere Reserven und unsere menschlichen Kräfte, wir leben in Abhängigkeit von Forschung und Technik der anderen und halten so

unsere Völker in einer Unterentwicklung, die sich in Elend und Angst, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit sowie Krisen aller Art kundtut.“ Aufgrund gemeinsamer geschichtlicher Vergangenheit, aufgrund der gemeinsamen Sprache und aufgrund derselben moralischen und kulturellen Grundlagen ruft Frei dagegen zum Zusammenschluß aller Lateinamerikaner auf.

Die äußere Integration wird neben allen wirtschaftlichen Vorteilen die Möglichkeit bieten, die Umwandlung der Gesellschaften als gemeinsame Aufgabe gleichzeitig und solidarisch anzugehen. Darüber hinaus gilt es, der größten soziologischen Einheit — der lateinamerikanischen Gesellschaft — eine stärkere internationale Position zu verschaffen, besonders gegenüber den Großmächten und den Wirtschaftszusammenschlüssen Europas.

Ähnlich wie der internen stellen sich auch der externen Integration die verschiedensten Hindernisse in den Weg. Hier sind besonders die Wirtschaftsformen mit starker Bedeutung der Monokulturen zu nennen, ferner Grundstoffindustrien, die unter ausländischer, meist nordamerikanischer Kontrolle stehen und die Integration ablehnen, provinzieller Nationalismus sowie die Tatsache, daß die interne Integration nicht erreicht ist. Als ein weiteres Hindernis wird immer mehr die Tatsache angesprochen, daß die 19 lateinamerikanischen Staaten zusammen mit den USA die „Organización de Estados Americanos (OAS)“ bilden, was den USA weitgehend Einfluß in Lateinamerika verschafft, der sich zum Nachteil der Integrationsbemühungen auswirkt.

Auch die äußere Integration bedarf des Mentalitätswandels der Mehrzahl der Integrationswilligen. Das Konzept der absoluten staatlichen Souveränität muß besonders in den Ländern, die sich zu den größeren rechnen, einer übernationalen Ideologie weichen. Die „Blockmentalität“ muß ferner vor der Politik friedlicher Koexistenz verschwinden und die politische Verfassung aller Integrationswilligen muß auf dem Recht auf Selbstbestimmung des Volkes aufbauen und pluralistische Gesellschaftsformen bejahen und fördern.

²⁷⁾ Lateinamerikanische Freihandelszone (Asociación Latinoamericana de Libre Comercio).

c) Soziale Gerechtigkeit

Ein weiteres wichtiges Ziel, das den beiden vorgenannten in seiner Bedeutung nicht nachsteht, ist die Erlangung sozialer Gerechtigkeit im weitesten Sinne. An erster Stelle bedeutet dies die vollständige Neuordnung der Eigentums- und Besitzverhältnisse an Grund und Boden, sei er landwirtschaftlich, industriell (Grundstoffindustrien) oder bisher gar nicht genutzt; die Neuordnung der Einkommensverhältnisse, der zwischenmenschlichen Beziehungen in der Arbeitswelt, die Neugestaltung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern, Abbau alter Privilegien, weitere Streuung politischer Verantwortung. Gefordert werden diese Ziele über entsprechende Reformen, also Agrarreform (reforma agraria), Unternehmensreform (reforma de la empresa), Steuerreform (reforma tributaria), Bankenreform (reforma bancaria), Verfassungsreform (reforma constitucional), Mitbestimmung (cogestión) und schließlich Städtebaureform (reforma urbana) zur Neuregelung des städtischen Grundbesitzes.

Die Erfüllung all dieser Forderungen muß radikal, das heißt von Grund auf, durchgreifend und schnell erfolgen. Sie bedeutet revolutionären Wandel der bisherigen Gesellschaftsstrukturen, sie ist unumgängliche Notwendigkeit und muß ebenso sehr wie die interne Integration zur neuen Gesellschaft führen. Das Ziel läßt sich nach der Meinung zahlreicher Ideologen nur dann erreichen, wenn die soziale Gerechtigkeit zum sozialen Frieden (paz social), wird, der nach Thomas von Aquin die „Ruhe in der Ordnung“ darstellt²⁸). Juan Pablo Terra (Uruguay) interpretiert die Forderung Thomas' dahingehend, daß der Zustand, in dem jedes Ding an seinem Platz ist, jeder über das ihm Zustehende verfügt und alle Teile nicht nur am Gemeinwohl Anteil haben, sondern auch dazu beitragen, die geforderte „Ruhe in

²⁸) Vgl. dazu Juan Pablo Terra, *Mística, Desarrollo y Revolución*, Montevideo 1966; Benjamin Miguel, *Democracia Cristiana*, La Paz 1966; Jaime Castillo, *Las fuentes de la Democracia Cristiana*, Santiago 1968.

der Ordnung“ bedeute. Damit ist Ordnung mit Gerechtigkeit gleichzusetzen und damit wird der Friede zur „Ruhe in der Gerechtigkeit“²⁹).

d) Menschenwürde und Chancengleichheit

Die beiden letzten Ziele, die stärkere Achtung der Menschenwürde und die Schaffung von Chancengleichheit, hängen eng mit den Forderungen nach der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Menschenwürde bedingt in Lateinamerika die größere Achtung der Regierenden und Mächtigen der Gesellschaft vor den Regierten, Schwachen und Einflußlosen. Es bedeutet das Ende von Terror- und Willkürherrschaften, unter denen der Kontinent traditionell krankt (z. B. Haiti), das Ende von Folterung politischer Gegner oder auch nur mutmaßlicher Feinde des Regimes, das Ende der Verweigerung von Grundrechten und Grundfreiheiten wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit zu politischen Zusammenschlüssen, zu Gewerkschaften und zu Selbsthilfeorganisationen.

Diese Forderungen wenden sich besonders an die Diktaturen des Kontinents sowie an die Kreise, welche die politische Macht kontrollieren und ausüben, sei es die Armee, deren Haltung zur Ausbreitung oder Verhinderung freiheitlicher Systeme von entscheidender Wichtigkeit ist, seien es zivile Gruppen der Oligarchie und deren Mitläufer aus Eigennutz.

Die Chancengleichheit zielt auf die Beseitigung jeder Diskriminierung ab, wie sie in vielen Fällen aus der Kolonialzeit übernommen ist. Dazu zählt das In-Abhängigkeit-Halten der „dienenden Schicht“, der abhängigen Landarbeiter (inquilinos), des Hauspersonals (empleadas, mozos), der traditionelle Paternalismus, dem vielleicht zwar einige gute Seiten zuzuerkennen sind, der aber Unselbständigkeit ebenso wie Lebensuntüchtigkeit über Generationen gefördert hat.

²⁹) Terra, S. 192.

Die Beseitigung der Diskriminierung ist ein erster Schritt, dem sofort weitere folgen müssen: die Organisation der Massen, die Unterweisung in der Fähigkeit, sich einzeln oder — noch wichtiger — in Verbänden, Gruppen und Organisationen zum Gestalter des eigenen Schicksals zu machen. Dies erfordert große Fortschritte und Änderungen auf dem Gebiet der Bildung, wie sie in der Bildungsreform (reforma educacional und als wichtige Untergliederung dazu reforma universitaria) angestrebt werden. Es bedingt ferner die „Promoción

popular“ im weitesten Sinne, die konsequent durchgeführt werden muß. Darunter ist ein Prozeß der Erziehung und Organisation des Volkes zu verstehen, das dadurch befähigt werden muß, aktiv an der Entwicklung seines Landes mitzuarbeiten und selbst Lösungen für seine Probleme zu finden und in die Tat umzusetzen. Letztlich bedeutet es das notwendige Wecken eigener Initiative und Schaffenskraft und ist damit genau das Gegenteil des bisher herrschenden Paternalismus³⁰⁾.

III. Möglichkeiten zur Erreichung der Ziele

Nach der Begründung der Notwendigkeiten, die Gesellschaft zu verändern, und nach der Weisung der anzustrebenden Ziele stellt sich schließlich die entscheidende Frage, ob und auf welche Weise, über welche Wege also, diese Ziele erreicht werden können. Mittel und Wege zur Erreichung der Ziele sind im vorgegebenen Thema umschrieben mit Revolution, Reform oder Verteidigung des Status quo.

1. Status quo

Es mag verwundern, daß auch die Erhaltung des Status quo angeführt ist. Meist wird nämlich unterstellt, daß die Verteidiger der bestehenden Verhältnisse gegen jede Veränderung der Gesellschaft seien, die Entwicklung auf sozialem Gebiet also zu blockieren suchten. Diese Unterstellung ist in der vorgetragenen pauschalen Form sicher nicht richtig. Auch die Vertreter des Status quo wollen eine rasche Entwicklung, in erster Linie natürlich wirtschaftliche Entwicklung. Aber sie verneinen die Berechtigung sozialer Entwicklungen und Veränderungen darob nicht kategorisch. Allerdings sehen sie die Voraussetzungen dazu „gegenwärtig“ als noch nicht gegeben an.

Ziel dieser Gruppe ist daher erstrangig die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens über rasches Wirtschaftswachstum, und daraus abgeleitet graduelle Verbesserungen auf sozialem Gebiet in der ähnlichen Art, wie sie in Europa erreicht worden sind. Der jüngst erschienene Pearson Report³¹⁾ schlägt den Industrieländern eine zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für Entwicklungsaufgaben vor. Mit diesen Mitteln soll die größtmögliche Zahl von Ländern der Dritten Welt soweit gebracht werden, daß sie aus eigener Kraft und langfristig gesehen ihr Pro-Kopf-Einkommen um 6 v. H. jährlich steigern können.

Dabei werden 6 0/0 als Minimum bezeichnet, da wegen des raschen Bevölkerungswachstums von 3 0/0 im Durchschnitt des Kontinents eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens unter 3 v. H. Rückschritt und eine Steigerung von 3 v. H. Stagnation bedeuten würde. Nach Pearson läßt sich dieses Ziel in den 70er Jahren in den meisten Ländern Lateinamerikas erreichen, zumal das durchschnittliche Wirtschaftswachstum auf dem Kontinent im vergangenen Jahrzehnt nahezu 5 v. H. jährlich erreichte.

Diese Marschroute der Entwicklung wollen die Gruppen einschlagen, die zwar soziale Entwicklung, soweit sie sich aus wirtschaftlicher

³⁰⁾ Chile ist das erste Land Südamerikas, in dem Promoción Popular auf Regierungsebene verwirklicht wird und seit 1914 eine wichtige Säule des Regierungsprogramms darstellt.

³¹⁾ Lester Pearson, Partners in Development, New York 1969.

Entwicklung herleiten und auch materiell vertreten läßt, als berechtigt ansprechen, von der Ablösung der alten Gesellschaft durch eine neue und besonders von der Änderung der Eigentums- und Besitzverhältnisse jedoch nichts wissen wollen. Sie werden in Lateinamerika „desarrollistas“ genannt, also Anhänger einer Entwicklungsrichtung, welche die Gesellschaft in ihrer jetzigen Form weiterbestehen lassen möchte und ihre Grundstrukturen nicht antastet.

Aus vielen einsichtigen Gründen ist die Position dieser Gruppe sehr schwach. Das Bestreben, hauptsächlich wirtschaftliche Entwicklung durch Kopieren europäischer oder nordamerikanischer Modelle zu erreichen — und dies oft genug unter Mißachtung von Erfordernissen der sozialen Entwicklung —, kann auf die Dauer keinen Erfolg bieten. Es wird immer deutlicher, daß die Entwicklung, gleich welcher Art, sich der charakteristischen, eigenständigen Werte eines Volkes annehmen muß, desgleichen der berechtigten Hoffnungen, Forderungen und Notwendigkeiten — und dies in Lateinamerika in verstärktem Maße —, und daß daher allzu technologische, vom Wesen und der Eigenständigkeit des jeweiligen Volkes losgelöste, gleichsam abstrakt durchgeführte Versuche der Entwicklung zum Scheitern verurteilt sind. Das Gespür für diese Tatsache geht aber vielfach solchen Gruppen ab, die ihr Land vielleicht gar nicht als ihre Heimat ansehen, sondern als Durchgangsstation zum raschen und einfachen Erwerb von Reichtum, die somit mit einem Leben „später“ — auch wenn es nie dazu kommt — in Europa oder Nordamerika spekulieren. Diese Geisteshaltung ist aber charakteristisch für viele Verfechter des Status quo, auch wenn sie gar nicht selbst Einwanderer oder direkte Nachkommen von Einwanderern sind.

Wer vertritt nun diese Richtung? Die Frage ist heikel und die Antwort darauf schwer zu geben. Bei aller Gefahr der Verallgemeinerung kann die wirtschaftliche Rechte (*la derecha económica*) darunter verstanden werden. Großgrundbesitzer etwa, Unternehmer, Politiker

konservativer und liberaler Richtung, die damit als Reaktionäre bezeichnet werden müssen und die in den meisten Ländern des Kontinents Regierungsgewalt ausüben und nur in den seltensten Fällen in Opposition zu einer andersartigen Regierung stehen. Interessanterweise zählt ein Teil der Hierarchie der Kirche zu dieser Gruppe, ein Teil der Armee; wobei gerade bei diesen beiden letztgenannten Machtfaktoren die vertretene Richtung nicht mehr einheitlich ist und Vertreter der Kirche extrem revolutionär und Vertreter der Armee betont „nasseristisch“ ausgerichtet sind. Als Außenstehende zwar, doch als wohlmeinende Berater und Entwicklungstechniker können Vertreter internationaler Organisationen sowie ausländische Diplomaten und besonders auch Vertreter ausländischer Firmen und Fachorganisationen zu dieser Gruppe zählen. Deren Äußerungen oder Ratschläge werden von den Kreisen der Opposition wachsam verfolgt. Das Ergebnis davon ist häufig genug der Aufruf zum Kampf gegen den ausländischen, besonders nordamerikanischen, aber auch europäischen Imperialismus.

Wenn auch deutlich ist, daß die meisten Vertreter der genannten Gruppen die Verteidigung des Status quo aus reinem Eigeninteresse übernehmen, darf doch nicht übersehen werden, daß andere Vertreter derselben Gruppen aus der Überzeugung argumentieren oder handeln, es geschehe zum Besten und zum Wohl des ganzen Volkes. Sie berufen sich dabei auf Empfehlungen und Statistiken von UNO-Sonderorganisationen, etwa der FAO (Food and Agricultural Organization der UNO) oder der CEPAL, und haben Argumente und Begründungen zur Hand, die meist wenigstens auf Teilwahrheiten beruhen.

2. Reform und Revolution

Der Versuch, Reform und Revolution gleichgeordnet zu behandeln, mag Erstaunen erregen. Gerade aber diese Gleichsetzung der beiden zunächst so verschiedenartigen Lösungsmöglichkeiten entspricht der lateinamerikanischen

Wirklichkeit ebenso wie der ideologischen Diskussion so stark, daß das Auseinanderreißen beider Möglichkeiten das eigentliche Wagnis wäre, nicht etwa deren gemeinsame Analyse. Allerdings hängt dieses Vorgehen entscheidend von den zugrunde gelegten Definitionen ab, und hier besonders von der Verwendung des Begriffs der Revolution.

Wenn die Möglichkeiten der Veränderungen der lateinamerikanischen Gesellschaft untersucht werden und dabei das Phänomen Revolution von Interesse ist, so ist es notwendig, den *lateinamerikanischen Revolutionsbegriff* zugrunde zu legen, der sich vom europäischen stark unterscheidet. Während der Begriff der Revolution in Europa den gewaltsamen Umsturz von Herrschaftsstrukturen ausdrückt und dabei meist Anwendung von Waffengewalt und Blutvergießen unterstellt³²⁾, bezeichnet der lateinamerikanische Begriff schon die tiefgreifende, rasche Veränderung der Gesellschaftsstrukturen als Revolution, wobei es dann zur Verwirklichung dieser Veränderung die beiden Möglichkeiten des friedlichen Weges (*via pacifica*) oder der Gewaltanwendung (*via violenta*) gibt.

Europäer sind leicht versucht, den lateinamerikanischen Revolutionsbegriff, soweit er die *via pacifica* betrifft, in Evolution umzudeuten. Dies ist nur in erster Annäherung richtig. Tatsächlich ist die angestrebte, grundlegende, rasche und vollkommene Änderung der bestehenden Strukturen, wie sie über die geforderten Reformen³³⁾ erreicht werden soll, und worüber noch gehandelt werden wird, weit mehr als Evolution, besonders wenn bedacht wird, daß am Ende eine neue Gesellschaft mit ebenso neuen Ordnungsvorstellungen und Ordnungsprinzipien stehen soll. Allein die Zusammenführung von etablierter Gesellschaft und Marginalbevölkerung oder die konsequente Umverteilung von Grund und Boden sowie die Änderung der Einkommensverhält-

nisse sind revolutionäre Maßnahmen. Mit Evolution im lateinamerikanischen Sinn lassen sie sich sicher nicht bezeichnen³⁴⁾.

Revolution ist somit in Lateinamerika die Durchführung der geforderten Reformen. Reform ist daher nicht die Alternative für die mögliche Revolution, sondern deren Ziel! Diese Erkenntnis ist für das Verständnis der südamerikanischen Revolutionsideologie von grundlegender Bedeutung. Die ideologische Auseinandersetzung über Revolution in Lateinamerika geht konsequenterweise nicht um die Frage, ob Revolution oder nicht Revolution, sondern nur um die Frage des friedlichen Weges oder der Gewaltanwendung. Beide Wege sind aber Mittel der Revolution³⁵⁾ und für beide Mittel die Reformen das Ziel.

Wenn eben behauptet wurde, im ideologischen Disput, aber auch in der politischen Forderung stelle sich die Frage nach der Revolution oder nach der Beibehaltung des Status quo nicht mehr allen Ernstes, so bedarf dies noch des Beweises. Das heißt, es muß die Frage beantwortet werden, warum die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung auf Revolution als der einzigen Möglichkeit der Problemlösung eingeschworen ist. Kronzeugen dafür gibt es aber genug, sowohl unter Politikern wie unter Ideologen und Wissenschaftlern.

Nach Vekemans ist der Ausgangspunkt dazu das „Zum-Bewußtseinkommen“ der Massen. Dies bedeutet das Erkennen der Diskrepanz zwischen den eigenen Bedürfnissen und den Möglichkeiten zu deren Befriedigung, d. h. das klare Erkennen des eigenen Elends. Es bedeutet gleichzeitig das Erkennen der „Erreichbarkeit“ der knappen Güter zur Bedürfnisbefriedi-

³⁴⁾ Dazu Reinaldo Tefel, *Socialización en la Libertad*, Managua 1964: „Es geht um Evolution, die dem Sinn und Inhalt, der Stärke und Tiefe nach echte Revolution ist, denn sie hat Veränderungen zum Ziel, die kühn provoziert sind und in raschem Tempo in eine bestimmte Richtung gelenkt werden.“

³⁵⁾ In der europäischen Terminologie wäre nur die „*via violenta*“ Revolution. Im folgenden wird jeweils der lateinamerikanische Begriffsinhalt zugrunde gelegt.

³²⁾ Wir denken dabei unwillkürlich und in erster Linie an die französische oder russische Revolution, vielleicht auch an Spanien und Ungarn.

³³⁾ Vgl. Abschnitt II. 3. c. dieses Beitrags, S. 16.

gung für die „anderen“ und damit den Wunsch, ebenso wie die anderen diese Güter erreichen zu können ³⁶⁾.

Dieses Bewußtwerden wird mehr denn je in der Gegenwart durch die Massenmedien gefördert. Über Reklame in Radio, Fernsehen und Filmtheatern kommen auch Marginierte mit der modernen Welt des Konsums in Berührung; der Erfolg davon sind Spannungen der vorbeschriebenen Art, die nach Lösung drängen. „Elend wird nun nicht mehr als Unglück, sondern als Unrecht empfunden, und dagegen kann man rebellieren.“ ³⁷⁾ Wenn das nunmehr bewußt empfundene Elend nicht zu Entwicklungsimpulsen führen kann — was häufig der Fall ist —, dann führt es unweigerlich zum Protest. Dieser Protest richtet sich aber — und das ist von grundlegender Wichtigkeit — gegen die bestehende Macht insgesamt, das heißt in ganz undifferenzierter Art: „In Lateinamerika besteht keine Differenzierung oder Unterscheidung der verschiedenen Machtbereiche. Damit richtet sich jede Erhebung gegen alle Machtbereiche zugleich, denn sie sind alle in einer Hand oder in einer Gesellschaftsklasse zusammengefaßt. Eine solche Erhebung wird damit zur totalen Revolution und macht eine rein wirtschaftliche Revolution als Revolution des Handwerks, der Technik und der Industrie unmöglich.“ ³⁸⁾

Diese Erkenntnis ist der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der Radikalisierung der revolutionären Ziele. Sie erklärt außerdem die Tatsache, daß der soziale Wandel vor wirtschaftlicher Entwicklung im allgemeinen den Vorrang bekommt. „Die Entwicklung ist, wenn sie sich an der Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens orientiert, vollkommen unfähig, die Ziele sozialer Anstrengungen zu definieren.

³⁶⁾ Roger Vekemans: Sozio-psychologische Analyse der vorrevolutionären Situation in Lateinamerika, in: Lateinamerika — Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme, hrsg. vom Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1965, S. 125 ff.; vgl. auch ders., Tendencias ideológicas y desarrollo Latinoamericano, in: Universidad y Desarrollo, Santiago de Chile 1968.

³⁷⁾ Behrendt, S. 176.

³⁸⁾ Vekemans, S. 140.

Niemand hat das Recht, uns wegen einiger Dollar mehr oder weniger zur Aufgabe unserer anderen Ziele zu bewegen, Ziele wie sie die Brüderlichkeit, die Solidarität, die demokratische Mitbestimmung, das kommunitaristische Ideal, die geistige Freiheit und die metaphysische Wahrheit immer für uns darstellen werden.“ ³⁹⁾

Ist für den Theoretiker der Ausgangspunkt der Revolutionsbestrebungen das „Zum-Bewußtsein-Kommen“, so ist es für den Revolutionspolitiker das „Zum-Bewußtsein-Bringen“. Zahllose politische Programme und Forderungen beginnen mit der Feststellung, die eigentliche Unterentwicklung bestehe im Ausgeschlossen sein und in der Frustration der Massen, die ihrerseits aber die Kenntnis von der Konzentration des Reichtums und der Macht in den Händen weniger besäßen. Die davon abgeleitete Dringlichkeit der Lösung dieser Probleme führt dann entweder zum Aufruf, daß die Entwicklung Aufgabe der ganzen Menschheit (via pacifica) sei, oder aber zur Aufforderung zum Kampf, „wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand“ (via violenta). Hinter beiden Aufforderungen steckt aber eine ganze Weltanschauung, die in beiden Fällen noch näher zu erläutern ist.

a) *Friedliche Revolution (via pacífica)*

Seit sechs Jahren verfolgt die chilenische Regierung in ihrem Programm der „Revolution in Freiheit“ die Verwirklichung der friedlichen Revolution. Die im Vorausgegangenen dargestellten Reformen sind Bestandteil des Regierungsprogramms. Die Promoción Popular wird mit Ernst und Überzeugung durchgeführt; ihr Ziel ist die Organisation aller Volksgruppen und ihre Befähigung zum eigenständigen Handeln. Das Endziel ist die neue, kommunitaristische Gesellschaft. Der Begriff des Kommunitarismus, der auf Maritain zurückgeht ⁴⁰⁾, besagt hierbei, daß das Gemeingut (el bien común) letztlich Ziel und Zweck der menschl-

³⁹⁾ Terra, S. 107.

⁴⁰⁾ Jacques Maritain, Los Derechos del Hombre, Buenos Aires 1943.

chen Gemeinschaften und somit auch der Gesellschaft insgesamt darstellt. Dieses Gemeingut ist nicht zu verstehen als bloße Summe aller privaten Güter, welche die Individuen besitzen, sondern als neue Einheit, die allen und jedem einzelnen als Teil des Ganzen gehört. Dieses Gemeingut muß den einzelnen Gliedern der Gemeinschaft zu gerechten Anteilen zur Verfügung stehen.

Auf dieser und anderen Lehren Maritains basiert das Programm der Revolution in Freiheit. Die Gesellschaft, die daraus hervorgehen soll, hat vier Charakteristiken: Sie ist

— personalistisch, weil sie dem einzelnen Unabhängigkeit und Freiheit auf dem Hintergrund der Solidarität und Menschenwürde gewährt;

— kommunitaristisch, weil sie das Gemeingut über das Gut der Individuen stellt;

— pluralistisch, weil sie erkennt, daß die Entwicklung der menschlichen Person eine Mehrheit autonomer Gemeinschaften erfordert;

— christlich, nicht in dem Sinn, daß sie von allen ihren Gliedern den Glauben an Gott fordert, sondern in dem Sinn, daß die innere Energie, die jede Gemeinschaft benötigt, der oberste Ordnungsfaktor, einem höheren Wesen zugeschrieben bzw. von ihm abgeleitet wird.

Der Weg der friedlichen Revolution ist dann mit Erfolg gangbar, wenn wenigstens eine von zwei Bedingungen erfüllt werden kann: Entweder muß die Oligarchie diesen Weg bejahen und bewußt mitgehen, was theoretisch möglich, in der Praxis aber nicht zu erwarten ist, oder die von dieser Seite geleistete Opposition muß überwindbar sein. Der Erfolg des chilenischen Wegs — der erste und daher intensiv mitverfolgte Versuch dieser Art auf dem Kontinent — wird von der Erfüllung der zweitgenannten Bedingung abhängen. Eine abschließende Wertung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Sicher jedoch haben die sechs vergangenen Jahre gezeigt, daß der begonnene Prozeß nicht umkehrbar (cambio irreversible) ist. Der ursprüngliche Ausgangs-

punkt wird, gleich wie die Entwicklung weiterverlaufen wird, nicht mehr erreicht werden können ⁴¹⁾.

b) *Gewaltsame Revolution (via violenta)*

Auch diese Art der Revolution strebt eine bessere Zukunft an, mehr Chancen für die Unterprivilegierten, mehr sozialen Ausgleich, das Ende jeder Diskriminierung, die Abschaffung aller Klassen. Die Forderung nach dieser Lösung tritt besonders dann lautstark auf, wenn der Weg der friedlichen Revolution nicht gangbar erscheint. Zu ihren Verfechtern zählen Gruppen der Intelligenz, politische Ideologen, Studenten, Gewerkschaftsmitglieder, Arbeiter- und Bauernjugend; nicht nur Studenten treten für diesen Weg ein, sondern in nicht zu übersehender Zahl auch Professoren, ja sogar Vertreter der Kirche, etwa Vertreter religiöser Orden.

Damit gewinnt die Bewegung eine sozial heterogene Basis, die in Verbindung der Intelligenz mit der Praxis und der Welt der Arbeit ihre besondere Attraktion hat. Die Vertreter der *via violenta* organisieren sich in der MIR ⁴²⁾, sympathisieren mit der OLAS ⁴³⁾ oder gründen neue Bewegungen wie die MAPU ⁴⁴⁾ in Chile. Doch darf nicht übersehen werden, daß ihre Ideologie, durch Camilo Torres und Che Guevara emotional überstark angereichert, immer stärker auch in nicht-totalitäre, „demokratische“ Bewegungen Eingang findet. Mit Sicherheit hat sie bereits eine neue Gruppe gebildet, die sich freiwillig marginiert, die nicht mehr innerhalb der klassischen etablierten Gesellschaft leben will, die nach eigenen Aussagen in den Klassenunterschieden ein Verbrechen und in der Konsumgesellschaft nur ein Greuel sieht.

⁴¹⁾ Vgl. hierzu den Beitrag von Hans-Ulrich Reh, a. a. O.

⁴²⁾ Movimiento de Izquierda Revolucionaria.

⁴³⁾ Organización Latino Americana de Solidaridad, Havana.

⁴⁴⁾ Movimiento de Acción Popular Unitaria.

Wie erklärt sich nun die Gewalt als Mittel des revolutionären Kampfes? Wir müssen davon ausgehen, daß die Gewalt ihren Ursprung nicht beim Volk hat, sondern daß das Aufrechterhalten der jetzigen Gesellschaftsformen mit all ihren Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen bereits Gewalt darstellt, auf die reagiert wird. Die Bischofskonferenz in Medellín hat dafür den Begriff der „institutionalisierten Gewalt“ geprägt. Papst Paul VI. hat auf dieser Konferenz eindeutig erklärt: „Die Unterdrückung durch die Gruppen der Macht kann zwar den Eindruck des Friedens und der Ordnung erwecken, in Wirklichkeit ist sie aber nur der ständige Keim für unvermeidbare Rebellion und Kriege.“⁴⁵⁾

Wer aber erkannt hat, daß die jetzige „soziale Ordnung“ nur über die Anwendung von Gewalt erhalten werden kann, weil sie eben ein System ist, das weder sozial noch in Ordnung ist, der versteht auch die Gewalt auf der anderen Seite als Reaktion auf den herrschenden Zustand. Dies gilt um so mehr dann, wenn unter Gewalt nicht nur die physische Kraftanwendung verstanden wird, sondern auch schon „die Anwendung von psychologischem, moralischem und sozialem Druck“⁴⁶⁾. Die Reaktion auf diesen Druck erklärt Arroyo wie folgt: „Wenn ein Mensch nicht sprechen kann, muß er es mit Gesten versuchen. Wenn sich die Massen also kein Gehör verschaffen können, weil die Einrichtungen des Systems weder juristische noch periodische noch andere Kanäle für ihre Klagen vorgesehen haben, was bleibt ihnen anders übrig als entweder zu schweigen oder auf die Straße zu gehen, um zu zerstören, anzugreifen und sich der Polizei als den „Hütern der Ordnung“ entgegenzuwerfen?“⁴⁷⁾

Die Hauptformen, die für diese Gewalt ausgebildet wurden, sind der Guerrillakampf in den Bergen oder im Urwald und die Unruheherde (focos guerrilleros) in den Großstädten. Für die erste Art sind Kuba und Bolivien weltbekannte Beispiele geworden. Für die zweite Art sorgen derzeit z. B. die Tupumaros in Montevideo.

3. Revolution ohne Gewalt?

Zweifellos hat die *via violenta* in der jüngsten Vergangenheit nahezu mythische Verklärung gewonnen, was ihre Anziehungskraft erhöht. Hemmend für ihre Verbreitung wirkt sich aber ihre enge Anlehnung an totalitäre Systeme aus, die der Verwirklichung der freien, auf Menschenwürde basierenden Gesellschaftsordnung im Wege ist.

Die besonnenen Revolutionäre sehen ein, daß Gewalt um der Gewalt willen einen Weg ohne Ziel darstellt, daß also auch hier die Erfolgsaussichten geprüft werden müssen. Wenn gewaltsame Revolution daher keine Planung für das Nachher bieten kann, wird aller Wahrscheinlichkeit nach das alte System der Unterdrückung nur durch ein neues ersetzt, das höchste Ziel der Revolution somit verfehlt. Bei aller Verhärtung der Positionen verbreitet sich daher die Einsicht immer mehr, daß die *via violenta* keine globale Lösung der gesellschaftlichen Probleme darstellen kann. „Ich glaube nicht an die bewaffnete Revolution in Lateinamerika“, bekannte kürzlich ein chilenischer Gewerkschaftsführer, „weil die Arbeiterklasse in viele Unterklassen zersplittert ist. Gewalt ist in diesem Fall revanchistisch, weil ihr die Reife fehlt. Außerdem erstickt die eiserne Faust des Militärs, welche die Mehrzahl unserer Länder fest im Griff hat, jeden Revolutionsversuch im Keime.“

Aber nicht nur von der Erfolgsaussicht hängt die Berechtigung der Gewaltanwendung ab, sondern auch vom politischen System des Landes, in dem sie erfolgen soll. Innerhalb eines Systems der Willkürherrschaft von den Ausmaßen Haitis ist sie eher am Platz als im Rahmen einer Demokratie vom Zuschnitt Chiles. Wenn aber die Prognosen für die gewaltsame Revolution in Lateinamerika schlecht sind, bleibt nur die Möglichkeit, mit um so mehr Überzeugung und Energie die Revolution in Freiheit zum Ziel und Abschluß zu bringen.

⁴⁵⁾ Lateinamerikanische Bischofskonferenz, Medellín 1968.

⁴⁶⁾ Gonzalo Arroyo: *Violencia institucionalizada en America Latina*, in *Mensaie*, Santiago de Chile, No. 174, November 1968, S. 535.

⁴⁷⁾ Arroyo, S. 543.

Der „Kontinentalismus“ als außenpolitische Doktrin der USA und ihre historischen Analogien in Europa

Von den Bürgern der Bundesrepublik ist unlängst gesagt worden, daß sie seit 1945 an einem „Defizit an weltpolitischer Perspektive“ leiden würden. Dies gilt in nicht geringerem Maße auch von den anderen Völkern Westeuropas. Ihre weltpolitische Orientierung wie der Stand der bei ihnen gelehrteten Theorie der internationalen Politik befinden sich, um ein Wort von W. Besson leicht zu variieren, gleichermaßen in einem „deplorablen Zustand“¹⁾. Dieser Mißstand wird freilich als solcher überhaupt nur empfunden, sofern ein historisches Bewußtsein weltpolitischen Denkens weiterwirkt oder die Kenntnis aktueller weltpolitischer Konzeptionen vorhanden ist. Wird den Ursachen dieser Horizontverengung nachgegangen, so wird deutlich, daß sie ein Ausdruck dafür ist, daß Europa, genauer, daß seine einstigen großen Mächte ihre Rolle ausgespielt haben, daß sie im Vergleich zu den neuen, nach 1945 die weltpolitische Szenerie beherrschenden Supermächten eine protektierte Existenz, ein Schattendasein fristen²⁾. Der weltpolitische Provinzialismus der Europäer erweist sich als eine Funktion ihres minderen machtpolitischen Status, den zu leugnen oder zu überspielen, von wem auch immer es in Angriff genommen wird, eher peinlich wirkt und vom Mißerfolg gekrönt wird.

¹⁾ W. Besson, Die großen Mächte — Strukturfragen der gegenwärtigen Weltpolitik, Freiburg i. Br. 1966, S. 8, 19.

²⁾ Vgl. dazu die Bemerkung von G. W. Ball: „Unter dem Eindruck dieser Erkenntnis (daß die einstigen europäischen Großmächte — gemessen am heutigen Standard der Weltpolitik — nur Mächte mittlerer Größe sind — H. W.) hat sich — unterschiedlich von Land zu Land — die Blickweite der Europäer bis zu einem Punkt verengt, an dem die Völker Europas heute wie niemals zuvor in der jüngeren Geschichte sich mit sich selbst beschäftigen und alle ihre Energien auf ihren eigenen kleinen Zipfel der eurasischen Landmasse konzentrieren.“ G. W. Ball, Disziplin der Macht — Voraussetzungen für eine neue Weltordnung, Frankfurt a. M. 1968, S. 19.

Wer in diesen Staaten in weltpolitischen Kategorien zu denken sich bemüht, der kann das, scheint es, nicht anders, als daß er Anleihen bei nicht in Europa entwickelten Konzeptionen aufnimmt, in denen die Staaten Westeuropas entweder als *quantité négligeable* einfach übergangen werden oder aber — wie etwa von Raymond Aron, Pierre Hassner oder Lord Gladwyn³⁾ — zu einer politisch handlungsfähigen Macht *sui generis* vereint werden. Wer sich weder auf das eine noch das andere einläßt, der kann sich an der Diskussion allenfalls mit Analogien aus der europäischen Geschichte beteiligen, die jedoch nur dazu beitragen können, den weltpolitischen Horizont der Gegenwart zu erhellen.

Die weltpolitischen Konzeptionen der Nachkriegszeit sind, soweit sie für die westliche Welt in Theorie und Praxis Bedeutung erlangt haben, amerikanischen Ursprungs. Das gilt für die Politik des *containment*, die in der Regie-

³⁾ Die neuen, sich im 20. Jahrhundert ausbildenden Größenordnungen sind von R. Aron eindrucksvoll beschrieben worden: „Der historische Untergang der europäischen Nationen ist durch die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts beschleunigt worden ... Außerhalb der ‚kleinen Landspitze Asiens‘ stießen die europäischen Nationen notwendigerweise auf politische Einheiten anderer Größenordnung, weil anderen Typs. ... Die Entwertung der Nationen erhält in unserer Zeit die Züge eines unwiderruflichen Schicksals. Die annähernde Proportionalität zwischen Kraft und Hilfsquellen, zwischen Hilfsquellen und Zahl der Menschen und der Rohstoffe, zwischen mobilisierbarer Kraft und Macht bietet keine Hoffnung, daß der Genius eines Führers oder die Tugend eines Volkes das Gesetz der Zahl umstoßen kann.“ R. Aron, Frieden und Krieg — Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt a. M. 1963, S. 373, 374. — Diese Wandlung berücksichtigt und die sich daraus ergebenden Folgen für Europa gezogen haben u. a. P. Hassner und Lord Gladwyn. Vgl. P. Hassner, Was wird aus Europa?, in: Das 198. Jahrzehnt — Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980, hrsg. von C. Grossner u. a., Hamburg 1969, S. 57—78, sowie Lord Gladwyn, The European Idea, London 1966; dtsh.: Plädoyer für Europa, Köln 1967.

rungszeit Trumans eingeleitet worden und faktisch bis in die Gegenwart hinein für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bestimmend geblieben ist, mit ihrer zu einem bipolaren „Gleichgewicht des Schreckens“ (balance of terror) verfestigten internationalen Machtstruktur; das gilt für die ein propagandistisches Schlagwort gebliebene Politik des *rollback* der Eisenhower-Dulles-Administration; das gilt für die auf George F. Kennan zurückgehenden Pläne eines *disengagement* wie für die von Zbigniew K. Brzezinski vertretene Politik eines *engagement*; und das gilt auch für die jüngste in den Vereinigten Staaten entwickelte und diskutierte Konzeption des *regionalism*.

Über den internationalen Regionalismus gibt es heute, neben einer kaum noch zu übersehenden Zahl von Einzelbeiträgen, in den Vereinigten Staaten bereits text-books für den Unter-

I. Der internationale Regionalismus und das Gleichgewicht der Mächte

Als die in allen Versuchen, eine Region zu bestimmen, wiederkehrenden Elemente erweisen sich: geographische Geschlossenheit (geographical proximity), soziale und kulturelle Homogenität (social and cultural homogeneity), intraregionale Handelsbeziehungen sowie komplementäre Rohstoffbasen (intraregional trade), strategische Sicherheitsinteressen (strategical security) und politische Interdependenz (political interdependence)⁴⁾. Eine für die folgenden Erwägungen brauchbare, ihnen zugrunde gelegte Definition stammt von Joseph S. Nye, Jr., von der Harvard Universität: „An international region can be defined broadly as a limited number of states linked by geographical relationship and by a degree of mutual

richt an den Hochschulen⁴⁾. Als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung bezeichnet er die Bildung und die Problematik von „interstate associations or groupings on the basis of regions“; als außenpolitische Doktrin die Forderung und Förderung von regionalen, zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen, die von den Anhängern dieser Doktrin als sowohl historisch notwendig wie politisch vorteilhaft und moralisch geboten angesehen werden⁵⁾. Nur von dieser Doktrin, ihrer Entstehung, ihrer Wandlung und ihren Zielsetzungen ist hier zu berichten; wobei anzumerken bleibt, daß es sich bei ihr um eine Konzeption handelt, der eine Legitimation von der Art, wie sie der Monroe-, der Truman- und der Breschnew-Doktrin eigen ist, bisher abgeht, daß es vielmehr der Entwurf einer umfassenden politischen Neuorientierung ist, der doktrinäre Züge anhaften.

interdependence.“⁷⁾ Wichtig an dieser bewußt allgemein gehaltenen Definition ist, daß es sich bei den so verstandenen Regionen *erstens* um interstaatliche bzw. supranationale Zusammenschlüsse handelt, die den nationalstaatlichen Rahmen überschreiten, aber unterhalb des universalen Rahmens einer einheitlichen Weltorganisation bleiben; *zweitens*, daß die innere Struktur der Regionen variieren kann, von bilateralen Bündnissen über Bündnissysteme bis zu den verschiedenen Formen freiwilliger und erzwungener Integration, und *drittens*, daß auf diese Weise sowohl potentielle wie für die internationale Politik relevante Regionen erfaßt werden.

An der Regionalismus-Diskussion in den Vereinigten Staaten sind außer Politologen, Staats- und Völkerrechtlern auch Soziologen und Geographen beteiligt⁸⁾. Auf dem 20.

⁴⁾ Vgl. J. S. Nye, Jr., (ed.), *International Regionalism — Readings*, Boston 1968, und die darin enthaltenen Literaturhinweise.

⁵⁾ J. S. Nye, a. a. O., p. VII. Vgl. ferner R. J. Yalem, *Regionalism and World Order*, Washington, D. C., 1965, p. 143 f.

⁶⁾ Vgl. B. M. Russett, *International Regions and the International System — A Study in Political Ecology*, Chicago 1967, p. 1—13, sowie R. J. Yalem, a. a. O., p. 14 ff.

⁷⁾ J. S. Nye, a. a. O., p. VII.

⁸⁾ Über den Beitrag, den einzelne Wissenschaftszweige zur Entwicklung der Theorie des Regionalismus geleistet haben und leisten können, siehe E. B. Haas, *Beyond the Nation-State*, 2. ed., Stanford 1968.

Internationalen Geographischen Kongreß, der 1964 in Sheffield/Großbritannien stattfand, hat Prof. Saul B. Cohen von der Graduate School of Geography der Clark Universität im Rahmen eines Symposiums über Politische Geographie den Versuch unternommen, die Regionen eines geopolitischen Gleichgewichtssystems zu bestimmen. Er war sich bewußt und bekannte sich auch ausdrücklich dazu, mit seinen Überlegungen in der Nachfolge von Sir Halford J. Mackinder und Isaiah Bowman, aber auch von Friedrich Ratzel, Rudolf Kjellén und Karl Haushofer zu stehen⁹⁾. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, jene „supranationalen Systeme“ namhaft zu machen, die „in response to the inadequacy of the existing state system“ entweder schon entstanden sind oder voraussichtlich noch entstehen werden¹⁰⁾.

Dabei gelangte er zu der Unterscheidung zwischen zwei „geostrategischen Regionen“, nämlich der amerikanischen „Maritimen“ und der sowjetischen „Kontinental Eurasischen Region“, und neun, die entweder unterteilen oder sie komplementierenden „geopolitischen Regionen“¹¹⁾:

1. Anglo-Amerika
2. Latein-Amerika
3. Westeuropa
4. Schwarz-Afrika
5. Offshore-Asia, also die der Ostküste Asiens vorgelagerten Staaten, und Australien
6. Sowjetunion und Osteuropa
7. Chinesisch-Ostasien
8. der arabische Mittlere Osten
9. Indisch-Südostasien

Die beiden zuletzt genannten Regionen, der Nahe Osten und Südostasien, welche außerhalb der zwei großen „geostrategischen“ Räume liegen, werden von Cohen als „shatterbelts“ (Unruheherde) bezeichnet, die nach 1945

⁹⁾ S. B. Cohen, *The Contemporary Geopolitical Setting — A Proposal for Global Geopolitical Equilibrium*, in: Ch. A. Fisher (ed.), *Essays in Political Geography*, London 1968, p. 61—72. Vgl. auch die grundsätzlichen Erwägungen über die Geopolitik als Wissenschaft und Ideologie durch den Herausgeber Ch. A. Fisher in der Einleitung, p. 1—10.

¹⁰⁾ S. B. Cohen, a. a. O., p. 62 f.

¹¹⁾ S. B. Cohen, a. a. O., p. 68.

anstelle von Europa zu den Konfliktzonen der Welt avanciert sind. In ihnen ist es, ohne daß die Supermächte sich voll engagiert haben, aber doch nicht ohne ihre Interessen zu berühren und auch nicht ohne ihre Mitwirkung, zu den meisten militärischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit gekommen. Eingegangen in diesen geopolitischen Entwurf relevanter und potentieller Regionen ist, daß es aufgrund der Entwicklung der Waffentechnik zum ersten Male in der Geschichte, vom strategischen Gesichtspunkt her gesehen, supranationale Systeme zweier Rangordnungen, der über Atomwaffen und ihre Träger verfügenden und nichtverfügenden Mächtegruppierungen, gibt¹²⁾. Berücksichtigt worden ist auch, daß das Vorhandensein einer politischen „core area“, einer Vormacht, welche eine Region führt oder beherrscht, ein entscheidender Faktor im Prozeß der Regionalisierung ist¹³⁾.

Allein von den vorhandenen „Kristallisationspunkten der Macht“ ausgehend, ist Lord Gladwyn in seinem 1966 erschienenen Buch „The European Idea“ zu der gleichen Zahl von neun, wenn sich auch mit denen von Cohen nicht völlig deckenden supranationalen Regionen gekommen¹⁴⁾. Im Gegensatz zu denjenigen, die, wie er sagt, der „Vision“ eines triumphierenden Nationalismus oder einer machtvollen Weltföderation anhängen, sieht der ehemalige britische Botschafter in New York und Paris das Entstehen von Regionen als einen unaufhaltsamen Prozeß, der zwar keine Garantie, aber doch die Voraussetzung zur Ausbildung eines funktionierenden weltweiten Gleichgewichtssystems und die Chance zur Überwindung der „gefährlichen internationalen Anarchie unserer Ära“ bietet. Durch den Regionalismus, das ist die Botschaft des Botschafters, würde ein „relativ einfacher und im Grunde vernünftiger Weg“ zur Rettung der Menschheit gewiesen¹⁵⁾.

¹²⁾ S. B. Cohen, a. a. O., p. 63.

¹³⁾ S. B. Cohen, a. a. O., p. 66 f.

¹⁴⁾ Lord Gladwyn, *The European Idea*, London 1966; dtsh.: *Plädoyer für Europa*, Köln 1967, S. 128. Vgl. auch ders., *World Order and the Nation-State — A Regional Approach*, in: *Daedalus*, 1966, 95/2, p. 694—703.

¹⁵⁾ Lord Gladwyn, a. a. O., S. 127, 126, 132.

Von einem ganz anderen Ausgangspunkt ist Roger D. Masters von der Yale Universität zu einem sehr ähnlichen Ergebnis gelangt. Er hat in einem Aufsatz aus dem Jahre 1965 die neun Jahre zuvor von Morton A. Kaplan entwickelten sechs Modelle des Systems der internationalen Politik durch ein eigenes „Multi-Block-Modell“ (multi-bloc-model) ergänzt, in dem nicht wie bei Kaplan die souveränen Nationalstaaten, sondern umfassendere politische Einheiten die „Akteure“ der internationalen Politik sind¹⁶). Der Anlaß zu dieser Studie war, wie Masters eingangs feststellt, daß es zur Verfolgung einer auf die Zukunft gerichteten Außenpolitik (a long-range foreign policy) unerlässlich ist, unter Berücksichtigung nachweisbarer und absehbarer Entwicklungen die Alternativen zu kennen, die sich ihr bieten, und die Folgen zu bedenken, welche Entscheidungen für die eine oder die andere Konzeption in sich bergen. Als eine mögliche und daher theoretisch bedenkenswerte weltpolitische Konfiguration sieht Masters, daß das internationale System der Zukunft auf einer Vielzahl von Blöcken (multiplicity of blocs) basiert; repräsentiert etwa, wie Masters zum Zwecke der Illustration angefügt hat, durch 1. die westliche Hemisphäre der beiden Amerika, 2. Westeuropa, 3. die Sowjetunion und Osteuropa, 4. eine von China beherrschte Region, 5. Schwarz-Afrika, 6. den arabischen Mittleren Osten und 7. einen indisch-australischen Block. Wobei nicht auszuschließen sei, daß eine ganze Reihe von Einzelstaaten keinem dieser Blöcke oder einem anderen Block angehören würde¹⁷).

Unter der Voraussetzung, daß eine jede Region soweit integriert ist, daß sie außenpolitisch als Einheit handlungsfähig ist, würde auf diese Weise — nach der Ansicht von Masters — ein globales Gleichgewichtssystem der Macht (a global power of balance system) entstehen, vergleichbar mit jenem, das im 15. Jahrhundert zwischen den italienischen Stadtstaaten und im 19. Jahrhundert zwischen den europäischen Großmächten bestanden hat.

¹⁶) R. D. Masters, A Multi-Bloc Model of the International System, in: *The American Political Science Review*, 1961, 55/4, p. 780.

¹⁷) R. D. Masters, a. a. O., p. 782.

Daß Überlegungen dieser Art nicht nur das Privileg akademischer Zirkel in den Vereinigten Staaten sind, dafür stehen Erklärungen von zwei amerikanischen Präsidenten der sechziger Jahre, ohne daß damit behauptet werden kann und soll, daß sie sich die Doktrin des Regionalismus in vollem Umfange zu eigen gemacht hätten. John F. Kennedy hat in seiner Philadelphia-Rede vom 4. Juli 1962 unter Berufung auf die Geschichte der Vereinigten Staaten vom Amerika den Zusammenschluß Westeuropas als eine historische Notwendigkeit begrüßt, welche die Voraussetzung dafür sei, daß Europa als Subjekt der Weltpolitik wieder eine Rolle spielen und als gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten auftreten kann¹⁸). Dieser Gedanke ist von Lyndon B. Johnson in seiner New Yorker Rede vom 7. Oktober 1966 erneut bekräftigt und in seiner Rede in Baltimore vom 7. April 1965 auch im Hinblick auf den südostasiatischen Raum variiert worden¹⁹).

Für Europa wie für Südostasien ist damit von offizieller amerikanischer Seite regionalen Zusammenschlüssen das Wort geredet und Unterstützung zugesagt worden, durch welche zwischenstaatliche Konflikte in diesen Räumen beigelegt, ihre ökonomisch-technische Entwicklung gemeinschaftlich organisiert und ein durch den Abzug amerikanischer Streitkräfte entstehendes Machtvakuum aufgefüllt werden sollen.

George W. Ball, der beiden Präsidenten als Diplomat in führenden Stellungen gedient hat, dürfte mit seiner Meinung im State Department nicht allein stehen, wenn er im Jahre 1968 die

¹⁸) Vgl. die Rede des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy anlässlich der Unabhängigkeitsfeier am 4. Juli 1962, in: *Europa-Archiv*, 1962, 17, S. D 373—D 376.

¹⁹) Vgl. die Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, vor der Konferenz amerikanischer Leitartikler in New York am 7. Oktober 1966, in: *Europa-Archiv*, 1966, 21, S. D 517—D 521, sowie: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, zur Lage in Vietnam in der John-Hopkins-Universität in Baltimore am 7. April 1965, in: *Europa-Archiv*, 1965, 20, S. D 442—D 447.

Heraufkunft eines neuen, die Bipolarität ablösenden weltweiten Gleichgewichtssystems ankündigte, das für die nähere Zukunft aus vorerst *dreieinhalb* Hauptakteuren mit den ihnen zugeordneten Einflußsphären bestehen wird: aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus der westeuropäischen Gemeinschaft, aus der Sowjetunion und, aufgrund seiner beschränkten territorialen Basis und industriellen Kapazität als halbe Weltmacht, aus Japan ²⁰).

In diesen Regionen werden gegenwärtig zusammen etwa 80 % der Güter der Welt produziert ²¹). Bei seiner Prognose ist Ball davon ausgegangen, daß nur „eine festgefügte Gesellschaft mit einer Bevölkerung von rund 200 Millionen und einem Nationaleinkommen von mindesten 300 Milliarden Dollar“ heute und in Zukunft eine führende Stellung als Weltmacht beanspruchen kann ²²). In einem so umstrukturierten internationalen Machtsystem, das eine „wirkungsvollere Verteilung der Weltverantwortung möglich machen“ würde, hat dieser amerikanische Diplomat eine weltpolitische Ordnung gesehen, die gut ist für die Vereinigten Staaten, für, wie er in Paraphrase ironisch hinzugefügt hat, „General Motors“ und für die Welt ²³).

Warum der Regionalismus als außenpolitische Doktrin seine Anwälte und Anhänger gefunden hat, dafür lassen sich insbesondere drei Gründe anführen, die zugleich verständlich machen, weshalb ihre Geburtsstunde gerade in den sechziger Jahren schlug und auch worauf ihre Faszination beruht hat und noch beruht. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es in den Vereinigten Staaten schon bald zu einer Ernüchterung der auf die Vereinten Nationen gesetzten Hoffnungen. Schon wenige Jahre nach 1945 war eine Vielzahl von regionalen Pakten und Organisationen entstanden.

²⁰) Vgl. G. W. Ball, 3 1/2 Super Powers, in: Life (Atlantic), 15. 4. 1968, 44/7, p. 42—55; sowie: Disziplin der Macht — Voraussetzungen für eine neue Weltordnung, Frankfurt a. M. 1968, S. 351—366.

²¹) G. W. Ball, Disziplin der Macht, S. 25.

²²) G. W. Ball, a. a. O., S. 24.

²³) G. W. Ball, a. a. O., S. 34.

Prof. Ernst Haas hat berechnet, daß im Jahre 1957 von den damals 81 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 58 mindestens einer der neun größeren regionalen Allianzen angehörten ²⁴). Im Jahre 1965 waren 92 UN-Mitgliedstaaten gleichzeitig an mindestens einem von neun regionalen Sicherheitspaktsystemen beteiligt ²⁵). Chadwick Alger und Steven Brams haben für das Jahr 1963 insgesamt 161 *intergouvernementale Organisationen* nachgewiesen, von denen 66 regionaler Art waren ²⁶). Louis Kriesberg hat herausgefunden, daß von 1 500 *nicht-gouvernementalen internationalen Organisationen*, die im „Yearbook of International Organizations“ für das Jahr 1962/63 aufgeführt sind, etwa ein Drittel einen regionalen Charakter haben ²⁷). Und Robert Angell gelangte zu dem Ergebnis, daß die regionalen Organisationen im Zeitraum zwischen 1956/57 und 1962/63 von allen internationalen Organisationen, neben „weltweiten“ und „partikularistischen“, prozentual die größte Zuwachsrate gehabt haben ²⁸). Von den 23 bedeutendsten regionalen Gruppierungen der Gegenwart existierte vor dem Zweiten Weltkrieg nur eine einzige ²⁹). Dieses Phänomen: das spontane — nach keinem Plan und aufgrund keiner Theorie — Entstehen von regionalen Organisationen, ihre zahlen- und bedeutungsmäßige Zunahme, ihre Strukturen, die Chancen, Formen und der Grad der Integration, ist in den Ver-

²⁴) E. B. Haas, Regional Integration and National Policy, in: International Conciliation, 1957, 513, p. 381 f. — Darin findet sich auch dieser Satz: „Regionalism is a patent fact of our era and it is likely to remain with us in any case as long as the superpowers do not disarm.“ Ebda. p. 383.

²⁵) Ph. Jacob and A. Atherton, The Dynamics of International Organization, Homewood, Ill., 1965, p. 115—116.

²⁶) Ch. Alger and St. Brams, Patterns of Representation in National and Intergovernmental Organizations, in: World Politics, 1967, p. 659.

²⁷) L. Kriesberg, Social Processes in International Relations, New York 1968, p. 468 ff.

²⁸) R. Angell, An Analysis of Trends in International Organizations, in: Peace Research Society, Papers (International), 1965, 3, p. 186.

²⁹) J. S. Nye, International Regionalism, p. V. — Bei der einen Ausnahme handelt es sich um den Vorläufer der Organization of American States (OAS), um die Pan-American Union. Vgl. O. C. Stoetzer, The OAS — An Introduction, New York 1965.

einigten Staaten der Gegenstand umfassender und systematischer Untersuchungen geworden³⁰⁾. Sie bilden den theoretischen Hintergrund und gaben *einen* Anstoß zu Ausbildung der Doktrin des Regionalismus.

Eingegangen in die Doktrin des Regionalismus ist *zweitens* der Beitrag der sogenannten „realistischen Schule“, die in den Vereinigten Staaten während der fünfziger Jahre ihre Blütezeit gehabt hat³¹⁾. Ihre Begründer, der Theologe Reinhold Niebuhr, der englische Historiker Edward H. Carr, der Geopolitiker Nicholas J. Spykman und der Politologe Hans J. Morgenthau, wie ihre Anhänger in der praktischen Politik, darunter George F. Kennan, Charles B. Marshall und George W. Ball, haben in einer Zeit, als die Vereinigten Staaten zwischen Isolationismus und Universalismus hin- und hergerissen Weltpolitik ohne weltpolitische Erfahrungen machten, einen entscheidenden Beitrag zur außenpolitischen Orientierung der USA geleistet. In einer relativ kurzen Zeitspanne — darin scheint mir die intellektuelle

³⁰⁾ Einen guten Überblick über den Stand der Forschung, die Theorie des Regionalismus im Rahmen der internationalen Politik betreffend, vermittelt K. Kaiser, *The Interaction of Regional Subsystems — Some Preliminary Notes on Recurrent Patterns and the Role of Superpowers*, in: *World Politics*, 1968, 21/1, p. 84—107. — Zu den amerikanischen Standardwerken zählen: E. B. Haas, *The Challenge of Regionalism*, in: *International Organization*, 1958, 12/3, p. 440—448; A. Etzioni, *Political Unification — A Comparative Study of Leaders and Forces*, New York 1965; R. J. Yalem, *Regionalism and World Order*, Washington, D. C., 1965; B. M. Russett, *International Regions and the International System — A Study in Political Ecology*, Chicago 1967. Vgl. ferner die informative Einleitung von J. S. Nye, in: ders. (ed.), *International Regionalism*, Boston 1968, p. V-XII. — In der Bundesrepublik ist der Regionalismus behandelt worden von: P. Coulmas, *Regionalismus*, in: *Moderne Welt*, 1969, 10/1, S. 3—13; K. Krakau, *Der Regionalismus im Spannungsfeld hegemonialer Interessen*, in: *Moderne Welt*, 1969, 10/1, S. 22—34; A. von Schack, *Europa ist kein Einzelfall — Die Regionen der Welt*, 1969, Manuskript; E. Senghaas-Knobloch, *Frieden durch Integration und Assoziation — Literaturbericht und Problemstudien*, Stuttgart 1969.

³¹⁾ Über die Entstehung und die Vertreter der „realistischen Schule“ in den Vereinigten Staaten unterrichtet: K. W. Thompson, *Political Realism and the Crisis of World Politics — An American Approach to Foreign Policy*, Princeton, N. J., 1960. Kritisch behandelt wird diese Position von I. L. Claude, *Power and International Relations*, New York 1962.

Bedeutung dieser Schule zu liegen — haben ihre Vertreter, nicht ohne auf heftigen Widerstand zu stoßen, traditionelle, zumeist in Europa entwickelte außenpolitische Kategorien rezipiert, die ihnen zugrunde liegenden Erfahrungen analysiert und mit ihrer Hilfe die weltpolitische Situation nach 1945 interpretiert.

Dabei blieb nicht aus, daß die Einschätzung des außenpolitischen Gleichgewichts zwischen einer Mehrzahl von Machtzentren, die „balance of power“ als System der internationalen Politik, als Mittel der Machtbegrenzung und als Prinzip der Politik, eine Umwertung erfuhr. Sie war von Woodrow Wilson während des Ersten Weltkrieges als das Herzstück der alten internationalen Ordnung aus politischen wie moralischen Gründen verworfen worden, weil sie weder den Krieg zu verhindern vermocht hatte noch mit den Prinzipien der Demokratie, der nationalen Selbstbestimmung und der politischen Moral, wie er sie verstand, zu vereinbaren war³²⁾.

Sie wurde, wenn auch mit einer Reihe präzisierter Vorbehalte, von Hans J. Morgenthau u. a. wieder aufgewertet. Morgenthau erblickte im internationalen Gleichgewichtssystem, in welchem Macht „zwischen mehreren Nationen von annähernder Gleichheit“ verteilt ist, die besondere Manifestation eines allgemeinen Prinzips, dem alle Gemeinschaften, die sich aus autonomen Einheiten zusammensetzen, die Autonomie ihrer Mitglieder verdanken. Unter Bedingungen, die durch die Existenz von souveränen Staaten gekennzeichnet sind, sichert dieses Prinzip, wenn und solange es beachtet wird, sowohl die Unabhängigkeit der Staaten wie die Stabilität des von ihnen organisierten Staatensystems. Jedoch sind Unabhängigkeit wie Stabilität durch den fortlaufenden Wandel der internationalen Situation ständig bedroht, weshalb, um Unabhängigkeit wie Stabilität zu erhalten, das Gleichgewicht immer wieder neu geschaffen werden muß³³⁾.

³²⁾ Vgl. I. L. Claude, *The Wilsonian Critique*, in: ders., a. a. O., p. 75—87.

³³⁾ H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations — The Struggle for Power and Peace*, 3. ed., New York 1962, p. 167, 174.

Zum unmittelbaren Anknüpfungspunkt für die Doktrin des Regionalismus wurde das so wiederbelebte Gleichgewichtsdenken dadurch, daß Morgenthau, dessen Name hier gleichzeitig für andere steht, dem bipolaren System der ersten Nachkriegszeit die Prognose stellte, daß es sich entweder zu einem Zwei-Blöcke-System verfestigen würde, welches alle „uncommitted nations of the world“ absorbieren wird, oder aber, daß es in ein multipolares System zerfallen würde, welches mehr als nur zwei Machtzentren aufweisen wird³⁴⁾. Schien sich in den fünfziger Jahren der erste Teil der Prognose zu bewahrheiten, so machten in den sechziger Jahren viele Anzeichen den zweiten Teil wahrscheinlich. Der Doktrin des Regionalismus liegt erklärtermaßen die Erwartung zugrunde, daß das internationale System der Zukunft, wenn auch nicht militärstrategisch, so doch politisch ein multipolares sein wird.

Als Katalysator, durch den diese wie andere Erwägungen politisch relevant wurden und in eine Doktrin eingegangen sind, hat sich die außenpolitische Situation der Vereinigten Staaten erwiesen, die in den sechziger Jahren — unabhängig, aber doch verstärkt durch das Engagement in Südvietnam — zunehmender Kritik ausgesetzt gewesen und von einem Teil der Kritiker mit der Formel des *overcommitment* umschrieben worden ist. Daraus erwuchs die Forderung, die außenpolitischen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit ihren vorhandenen Hilfsmitteln zu bringen.

Dafür hatte Walter Lippmann bereits 1943 die Parole ausgegeben: „The nation must maintain

its objectives and its power in equilibrium, its purposes within means and its means equal to its purposes, its commitments related to its resources and its resources adequate to its commitments.“³⁵⁾ Diese Warnung vor einem die amerikanischen Möglichkeiten übersteigenden Universalismus wurde nunmehr zum Vorbehalt und Einwand gegen die offizielle Politik des *containment*. Für die Stabilisierung des Status quo, die in der ersten Nachkriegszeit in der Tat nur durch das globale Engagement der USA zu erreichen war, zeichnen sich in Zukunft neue, weniger aufwendige, dem Eigeninteresse angemessenere Möglichkeiten ab. Ein Abbau der weltweiten amerikanischen Verpflichtungen setzt jedoch voraus, daß die dadurch zwangsläufig entstehenden Machtvakuen weder von außen aufgefüllt noch auch durch wieder aufbrechende innere Konflikte zerrissen werden. Beides zu verhindern, das internationale Gleichgewicht auf der Grundlage von mehr als nur zwei Akteuren neu auszubalancieren und regionale Konfliktstoffe durch Integrationen aus der Welt zu schaffen, ist das Ziel des Regionalismus. Das von ihm empfohlene Mittel: die Schaffung von regionalen, überstaatlichen Einheiten, durch die *erstens* zusätzliche Weltmächte ins Leben gerufen und *zweitens* unruhige Konfliktzonen befriedet werden sollen. Internationale Stabilität durch die Konsolidierung eines Gleichgewichtssystems zu sichern und die Basiseinheiten des Gleichgewichtssystems auszuwechseln, es von seiner regionalen Ebene auf eine höhere, globale zu transformieren, sind Themen, für die es in der europäischen Geschichte exemplarische Analogien gibt.

³⁴⁾ H. J. Morgenthau, a. a. O., p. 361.

³⁵⁾ W. Lippmann, U. S. Foreign Policy — Shield of the Republic, Boston 1943, p. 21.

II. Das Gleichgewicht der Mächte und die kontinentalen Großräume

Ein kritisches Überdenken der Rolle, welche das Gleichgewicht der Mächte in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gespielt hat, fördert die Einsicht zutage, daß es stets von denen am meisten gerühmt worden ist, deren staatliche Interessen von ihm am wenigsten beeinträchtigt worden sind. Diesen Sachverhalt hat Nicholas J. Spykman im Jahre 1942 auf die klassische Formel gebracht: „The truth of the matter is that states are interested only in a balance which is in their favor.“³⁶⁾ Auf die historischen Erfahrungen, die dieser Sicht zugrunde liegen, ist hier einzugehen, um die Art der Interessen und der Vorteile kennenzulernen, denen das Gleichgewichtssystem in der Verhangenheit sein Ansehen bei Theoretikern und Staatsmännern verdankt. Wobei, um einem möglichen Mißverständnis von vornherein zu wehren, sogleich angefügt sei, daß selbst ein Mißbrauch des Gleichgewichtsdenkens weder die Wirkungen des auf dem Gleichgewicht der Mächte beruhenden Systems außer Kraft zu setzen noch die von ihnen abgeleiteten Maxime der praktischen Politik ad absurdum zu führen vermag³⁷⁾.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die britische „power of balance“-Politik gegenüber Kontinentaleuropa dem Interesse Großbritanniens entsprach, das aufgrund seiner insularen Lage und als Flankenmacht zum Schiedsrichter in europäischen Angelegenheiten, zum „balancer“ des europäischen Gleichgewichtssystems

³⁶⁾ N. J. Spykman, *America's Strategy in World Politics*, New York 1942, p. 21.

³⁷⁾ Auf die auch diesem Denken innewohnende Tendenz zur Ideologisierung hat ausdrücklich schon H. J. Morgenthau hingewiesen, in: ders., a. a. O., p. 213 ff.

³⁸⁾ Robert S. Castlereagh (1769—1822) war von 1811—1822 britischer Außenminister. Er verstand unter Gleichgewichtspolitik: „the maintainance of such a just equilibrium between the members of the family of nations as should prevent any of them becoming sufficiently strong to impose its will upon the rest“. Zit. nach: A. Mills and Ch. H. Laughlin, *World Politics in Transition*, New York 1956, p. 108.

³⁹⁾ Sir Eyre Crowe sah zu Beginn des Ersten Weltkrieges die Aufgabe (mission) Großbritanniens darin, „by throwing her weight now in this scale and now in that, but ever on the side opposed to the

avanciert und das in dieser Position seiner Herrschaft über die Meere, seiner „supremacy“ in außereuropäischen Angelegenheiten sicher war. Von Robert S. Castlereagh³⁸⁾, dem britischen Außenminister der nach-napoleonischen Zeit, über Sir Eyre Crowe³⁹⁾ bis zu Sir Winston Churchill, der von der „wonderful unconscious tradition of British foreign policy“ gesprochen hat⁴⁰⁾, war die Konservierung des Status quo auf dem Kontinent — nicht unbedingt der bestehenden territorialen Grenzen, aber doch des etablierten Machtgleichgewichts — ein offen erklärtes Ziel der britischen Außenpolitik. Das hat Europa zwar davor bewahrt, das Opfer einer europäischen Hegemonialmacht zu werden, hat aber nicht verhindert, sondern dazu geführt, daß es am Ende das Protektions- und Herrschaftsgebiet zweier außereuropäischer Großmächte geworden ist.

Die Uhr der britischen Gleichgewichtspolitik war 1945 endgültig abgelaufen. Ihr Mechanismus, der funktioniert hatte, solange die Mächte Europas untereinander auszubalancieren waren, solange Europa machtpolitisch „balkanisiert“ war, ist jedoch schon früher defekt gewesen. Der Zeitpunkt und auch der Grund ist von Benjamin Disraeli, seinerzeit Führer der Opposition im britischen Unterhaus, exakt bestimmt worden. In einer Rede vor dem britischen Unterhaus hat er am 9. Februar 1871, drei Wochen nach der Geburt des kleindeutschen Reiches, erklärt: „Nicht ein einziger der Grundsätze in der Handhabung unserer auswärtigen Angelegenheiten, welche noch vor

political dictatorship of the strongest single State or group at a given time“, das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent aufrechtzuerhalten. Vgl. Memorandum by Sir Eyre Crowe on the Present State of British Relations with France and Germany, Jan. 1, 1907, reprinted in: G. P. Gooch and H. Temperley (eds.), *British Documents on the Origins of the War, 1898—1914*, London 1928, III, p. 403.

⁴⁰⁾ W. S. Churchill, *The Second World War — The Gathering Storm*, Boston 1948, p. 208. — Vgl. auch: „For four hundred years the foreign policy of England has been to oppose the strongest, most aggressive, most dominating Power on the Continent.“ Ebda. Beide Zitate stammen aus einer Rede des Jahres 1936.

einem halben Jahr von allen Politikern als selbstverständliche Richtlinien anerkannt wurden, gilt heute noch. Es gibt keine überkommene Auffassung der Diplomatie, welche nicht fortgeschwemmt worden wäre. Wir stehen vor einer neuen Welt, neue Einflüsse sind am Werk; . . . das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört.“⁴¹⁾

Mit dem Beginn dessen, was Theodor Schieder die „latente“ deutsche Hegemonie über Europa genannt hat⁴²⁾, war auch der traditionellen französischen Gleichgewichtspolitik der Boden entzogen. Ihr Interesse, so wie es von Richelieu, Mazarin und Talleyrand gesehen und verfolgt worden ist⁴³⁾, war darauf gerichtet, Deutschland im Zustande der Uneinigkeit zu halten. Denn auf der Vielzahl der deutschen Staaten und der damit gegebenen Möglichkeit, sie gegeneinander auszuspielen, beruhte die privilegierte Stellung und die Sicherheit des vereinigten französischen Staates. Die deutsche Einigung bedeutete das Ende der französischen Vorzugsstellung, die nur solange aufrechtzuerhalten war, solange Deutschland „balkanisiert“ war. Kein Wunder, daß diese Abdankung von denjenigen Franzosen, die in den Kategorien der überkommenen Gleichgewichtspolitik dachten, nicht verwunden und zur Ursache für das Unglück Europas verklärt worden ist.

Der Historiker Jacques Bainville hat diese Befürchtungen in die Worte gefaßt: „Es gab nach der deutschen Einigung in der Tat keine Spur

mehr des alten Systems eines — wie auch immer — gegen die Übergriffe des Stärkeren organisierten Europas. Das System des Gleichgewichts, das die europäische Welt durch Frankreich gefunden hatte und das wesentlich auf der Ohnmacht Deutschlands beruhte, war zerbrochen. . . . 1870 kennzeichnet die Heraufkunft der internationalen Anarchie.“⁴⁴⁾ Wie ein Nachklang dieses an der französischen Staatsräson orientierten Denkens klingt ein Satz, welchen Charles de Gaulle, wie einer seiner Biographen, Alain Murcier, zu berichten weiß, einem Gesprächspartner geantwortet haben soll, der ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Teilung Deutschlands gut für Frankreich wäre: „Das sage ich schon seit tausend Jahren!“⁴⁵⁾

Die zentrale Bedeutung, welche Deutschland als Raum von Staaten wie als Nationalstaat für das europäische Gleichgewicht, für seine Erhaltung, seine Störung und seine schließliche Außerkraftsetzung gehabt hat, legt die Frage nahe, welche Rolle das Gleichgewichtdenken im politischen Leben Deutschlands gespielt hat. Es war, dies ein historisch einmaliger Fall, unmittelbar in die Charta des 1815 gegründeten Deutschen Bundes eingegangen, in deren von den acht europäischen Großmächten der damaligen Zeit mitunterzeichneten Präambel steht, daß die 39 Mitgliedstaaten den Bund ins Leben gerufen hatten: „von den Vortheilen überzeugt, welche aus ihrer festen und dauerhaften Verbindung für die Sicherheit und die Unabhängigkeit Deutschlands, und die Ruhe und das Gleichgewicht Europas hervorgehen . . .“⁴⁶⁾.

⁴¹⁾ W. F. Monypenny and G. E. Buckle, *The Life of Benjamin Disraeli*, 5. t., p. 133 f.; zit. nach: W. Bussmann, *Bismarck im Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt*, Stuttgart 1954, S. 28.

⁴²⁾ Th. Schieder, *Bismarck und Europa — Ein Beitrag zum Bismarck-Problem*, in: W. Conze (Hrsg.), *Deutschland und Europa — Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*, Düsseldorf 1951, S. 36. — L. Dehio spricht von einer „halbhegemonialen Stellung des Bismarckreiches auf dem Festland“. L. Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, München 1955, S. 15.

⁴³⁾ Vgl. u. a. J. Bainville, *Histoire de deux peuples* (1915), dtsh.: *Geschichte zweier Völker*, Hamburg 1939, und E. von Vietsch, *Die historische Gleichgewichtspolitik Frankreichs*, in: ders., *Das europäische Gleichgewicht — Politische Idee und staatsmännisches Handeln*, Leipzig 1942, S. 47—130.

⁴⁴⁾ J. Bainville, a. a. O., S. 175. — Bainville zitiert auch die Worte, welche Thiers sechs Wochen vor Königgrätz (1866) gesprochen hat: „Der wichtigste Grundsatz der europäischen Politik geht dahin, daß Deutschland aus unabhängigen Staaten zusammengesetzt sein muß, die untereinander nur durch ein einfaches föderatives Band verknüpft sind.“ J. Bainville, *Les conséquences politiques de la paix* (1920), dtsh.: *Frankreichs Kriegsziel*, Hamburg 1939, S. 61.

⁴⁵⁾ A. Murcier, *Was will de Gaulle, die Sphinx Frankreichs?* Diessen / Ammersee 1965, S. 14.

⁴⁶⁾ *Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815*; zit. nach: E. R. Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Stuttgart 1961, 1. Bd., S. 75.

Einer der geistigen Väter des Deutschen Bundes, Friedrich von Gentz, hatte schon 1806 die „Maxime“ aufgestellt, daß kein Land des europäischen Staatensystems so mächtig werden dürfe, daß es von der „Gesamtheit der Übrigen“ nicht bezwungen werden könne, und daraus die politische Nutzenanwendung abgeleitet, daß, wenn immer das Gleichgewicht von einer einzelnen Macht bedroht ist, „kein Mittel zur Schwächung derselben, das die Staatsweisheit nur irgend an die Hand gibt, unversucht gelassen werden müsse“⁴⁷⁾. Unter dem Eindruck der von Napoleon beinahe verwirklichten und nur in einer großen Koalition niedergedrungenen französischen Hegemonie in Europa hatte Gentz die Lehre gezogen, daß allen hegemonialen Bestrebungen, ganz gleich von welcher Macht sie ausgingen, zu begegnen sei.

Leopold von Ranke seinerseits glaubte gar aus den geschichtlichen Ereignissen, die er erforscht und die er erlebt hatte, die folgende Regel herauslesen zu können, die ebenfalls eine unüberhörbare Warnung an alle potentiellen Hegemonialmächte enthielt: „In großen Gefahren kann man wohl getrost dem Genius vertrauen, der Europa noch immer vor der Herrschaft jeder einseitigen und gewaltsamen Richtung beschützt, jedem Druck von der einen Seite noch immer Widerstand von der anderen entgegengesetzt und bei einer Verbindung der Gesamtheit, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt enger und enger geworden, die allgemeine Freiheit und Sonderung glücklich gerettet hat.“⁴⁸⁾

Als Gentz und Ranke das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schrieben, lag es ihnen fern, in Deutschland den Störenfried des europäischen Gleichgewichtssystems zu sehen, der, wie Gentz empfohlen hatte, als „gemeinschaftlicher Feind des gesamten Gemeinwesens be-

handelt“ werden solle⁴⁹⁾. Deutschland konnte dazu gar nicht werden, solange es aus einer Vielzahl von Staaten bestand. Daß es dazu nolens volens wurde, sobald es als vereinter Staat auf die europäische Staatenbühne trat, ist auch von hellseherischen deutschen Beobachtern der Ereignisse erkannt und mit den daraus erwachsenden Folgen beschrieben worden. In diesem Zusammenhang sei nur an die Bemerkung erinnert, mit der Karl Marx das Entstehen des deutschen Nationalstaates „begrüßt“ hat. In einer von ihm verfaßten Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation aus dem Jahre 1870 heißt es, daß die europäischen Mächte die deutsche Vorherrschaft in Europa nicht hinnehmen, sondern zu brechen versuchen werden. „Das ist das Gesetz des alten politischen Systems.“ Der Krieg, auch das sind seine Worte, wäre entgegen den Erwartungen der „Militärkamarilla, Professorenschaft, Bürgerschaft und Wirtshauspolitik“ durch die deutsche Einigung zu einer „europäischen Institution“ gemacht, der kommende Friede in einen „bloßen Waffenstillstand“ verwandelt worden. „Tritt dieser unwahrscheinliche Fall (der einer vorhergehenden Revolution — H. W.) nicht ein, so muß der Krieg zwischen Deutschland und Rußland als un fait accompli behandelt werden.“⁵⁰⁾

Und der liberale Historiker Georg Gottfried Gervinus schrieb in seinem 1871 verfaßten politischen Testament, seiner „Denkschrift zum Frieden“, daß Deutschland durch die Reichsgründung in einen „allzeit angriffsfähigen

⁴⁹⁾ F. von Gentz, a. a. O., S. 8.

⁵⁰⁾ Marx, Engels, Lenin, Stalin, Zur deutschen Geschichte, 3 Bde., Berlin 1954, II, 2, S. 897 und S. 886, 887. Aufschlußreich auch die Prognose von F. Engels über den kommenden Krieg, von dem er im Jahre 1887 gesagt hat: „Deutschland wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten, und diese werden Deutschland bei erster Gelegenheit im Stich lassen. Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet . . .“ Marx, Engels, Lenin, Stalin, a. a. O., II, 2, S. 1114.

⁴⁷⁾ F. von Gentz, Fragmente aus der neusten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa, St. Petersburg 1806, Neudruck Osnabrück 1967, S. 7 f.

⁴⁸⁾ L. von Ranke, Die großen Mächte (1833), in: ders., Geschichte und Politik — Ausgewählte Aufsätze und Meisterschriften, hrsg. von H. Hofmann, Stuttgart 1940, S. 11.

Kriegsstaat“ umgewandelt worden wäre. Nur in der „Selbsttäuschung des Patriotismus“ könne man sich verhehlen, daß eine solche, alle Nachbarn in gleicher Weise bedrohende Machtkonzentration im Herzen Europas auf die Dauer nie ertragen werden würde. Für jeden, der Augen habe zu sehen, sei es offenkundig, daß hier „eine permanente Kriegsmacht von so furchtbarer Überlegenheit“ im Entstehen begriffen wäre, „wie sie die Zeiten . . . der letzten Jahrhunderte niemals, nicht entfernt gekannt haben“⁵¹⁾. In seinem Nachlaß fanden sich auch diese Zeilen, mit denen er seine deutschen Landsleute gewarnt hat, daß ihr Umsturzversuch des europäischen Gleichgewichtssystems kläglich und schändlich scheitern werde:

„Ihr aber könnt, wenn euer Taumel endet, nicht klagen, daß euch kein Prophet gesendet.“⁵²⁾

So erklärlich das Interesse an der Erhaltung des 1815 geschaffenen Gleichgewichtssystems derjenigen Deutschen war, die in ihm eine Garantie für die Unabhängigkeit und Sicherheit der ihm angehörenden, es ausbalancierenden deutschen und europäischen Staaten erblickten, so verständlich ist, daß es von denjenigen Deutschen mit Verachtung gestraft worden ist, deren Streben dahin ging, den auf dem Wiener Kongreß organisierten Status quo durch die Schaffung eines vereinigten deutschen Staates aus den Angeln zu heben. Das war unter den obwaltenden Umständen nicht gut möglich, ohne daß davon auch das europäische Gleichgewichtssystem betroffen wurde. Schon 1848 hatte Friedrich Christoph Dahlmann erklärt: „Auf dieser Verrückung des Gleichgewichts von Europa wollen wir bestehen, bis der letzte Tropfen Blutes uns entströmt ist“⁵³⁾. Daß es dabei nicht nur um eine Reorganisation des europäischen Gleichge-

wichtsystems ging, wie wohl auch Bismarck geglaubt hat, sondern daß seine Funktionsfähigkeit, ja seine Existenz überhaupt in Frage gestellt war, darüber hat es zumindest bei den für die deutsche Außenpolitik Verantwortlichen nach der Jahrhundertwende keine Illusionen mehr gegeben.

Der Historiker Otto Hintze hat diese Sicht mit den schlichten Worten umschrieben: „Das europäische Staatensystem ist heute ein überwundener Standpunkt.“⁵⁴⁾ Der General Friedrich von Bernhardt dozierte 1912 wohlgenut: „Zunächst müßte das Prinzip des europäischen Gleichgewichtes, das seit dem Wiener Kongreß ein gewissermaßen sakrosanktes, aber ganz unberechtigtes Dasein führt, entschieden durchbrochen werden.“⁵⁵⁾ Der Soziologe Max Weber hat mitten im Ersten Weltkrieg die Verbindung zwischen dem Kampf, in dem der deutsche Staat damals stand, und seiner Gründung, durch die er auf die Bahn zur Weltmachtspolitik eingeschwenkt war, mit dem Satz hergestellt: „Wollten wir diesen Krieg nicht riskieren, nun, dann hätten wir die Reichsgründung ja unterlassen und als ein Volk von Kleinstaaten weiter existieren können.“⁵⁶⁾

⁵⁴⁾ O. Hintze, Deutschland und das Weltstaaten-system, in: ders. (Hrsg.), Deutschland und der Weltkrieg, 2 Bde., 2. erw. Aufl., Leipzig und Berlin 1916, I, S. 23 f.

⁵⁵⁾ F. von Bernhardt, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart und Berlin 1912⁵, S. 117. — Vgl. auch die folgende Bemerkung: „Mit dem Gedanken an ein solches (europäisches — H. W.) Gleichgewicht müssen wir völlig brechen. Es widerspricht in seiner jetzigen innerlich unwahr gewordenen Gestaltung unseren wichtigsten Interessen. Die Idee eines Staatensystems, das gemeinsame Kulturinteressen hat, soll natürlich nicht ausgeschaltet, sie soll nur auf einer neuen und richtigeren Grundlage entwickelt werden. Nicht um ein europäisches Staatensystem kann es sich heute handeln, sondern um ein Weltstaaten-system, in dem das Gleichgewicht auf wirklichen Machtfaktoren aufgebaut ist. In diesem Staatensystem müssen wir streben, an der Spitze eines mitteleuropäischen Staatenbundes eine gleichberechtigte Stellung zu erringen, indem wir das angebliche europäische Gleichgewicht in der einen oder der anderen Weise auf seinen wahren Wert zurückführen und unsere eigene Macht entsprechend steigern.“ Ebd., S. 119.

⁵⁶⁾ M. Weber, Deutschland unter den europäischen Weltmächten, in: ders., Gesammelte Politische Schriften, 2. erw. Aufl., neu hersg. von J. Winkelmann, Tübingen 1968, S. 172. Bereits 1895 hatte Weber gesagt: „Wir müssen begreifen, daß die

⁵¹⁾ G. G. Gervinus, Denkschrift zum Frieden — An das preußische Königshaus (1871), in: Hinterlassene Schriften, Wien 1872, S. 22 ff.

⁵²⁾ G. G. Gervinus, a. a. O., S. 35.

⁵³⁾ Zit. nach: W. Mommsen, Die deutsche Einheitsbewegung — Eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen, Berlin 1930, S. 275 f.

Gleichwohl, und das allein ist hier bemerkenswert, hatten die Deutschen, die so argumentierten, nicht aufgehört, in den Kategorien des Machtgleichgewichts zu denken. Sie waren nach wie vor, worauf insbesondere Ludwig Dehio und Hans-Heinz Krill in ihren Untersuchungen aufmerksam gemacht haben⁵⁷⁾, an einem Machtgleichgewicht interessiert, wollten seine Voraussetzungen überhaupt erst schaffen — nur daß es sich dabei um ein weltweites Gleichgewicht handelte, während das kontinental-europäische Gleichgewicht von ihnen, wie es Dehio formuliert hat, aufs „Altenteil“ verwiesen wurde⁵⁸⁾. Diese Überlegungen stützten sich auf Entwicklungen, die als in Gang befindlich erkannt wurden und die, in die Zukunft projiziert, so gedeutet wurden, daß es durch sie quasi naturgesetzlich zur Ausbildung eines neuen Gleichgewichtsystems kommen werde.

Die treibende Kraft war die Dynamik der technisch-industriellen Entwicklung, welche größere Märkte und Organisationen erforderlich machte. Schon 1898 hatte Karl Jentsch auf zwei politische Folgen dieser alte Ordnungen zerbrechenden und neue hervorbringenden Evolution hingewiesen: „Die europäischen Mächte fallen in den Rang von Kleinstaaten zurück, die keine Politik mehr treiben, sondern bestenfalls Lärm machen können, wenn sie für sich allein dastehen. Die Zukunft gehört den Weltmächten. Das deutsche Volk ist vor die

Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“ M. Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*, in: ders., a. a. O., S. 23.

⁵⁷⁾ Vgl. L. Dehio, *Ranke und der deutsche Imperialismus*, in: ders., *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, München 1955, S. 37—69; sowie H.-H. Krill, *Die Rankerenaissance — Max Lenz und Erich Marcks: Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken in Deutschland 1880—1935*, Berlin 1962, insbes. Kap. 6 und 7, S. 172—225. Vgl. auch das materialreiche Kapitel „Vom Großmacht- zum Weltmachtsanspruch: Das Selbstverständnis der „Nation““, in: F. Fischer, *Krieg der Illusionen — Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 62—84.

⁵⁸⁾ L. Dehio, a. a. O., S. 14.

Entscheidung gestellt, ob es politisch abhandeln oder ob es eine Weltmacht werden will. Diese Alternative ist mit einer zweiten gekoppelt: in Europa ist nur für eine Weltmacht Platz.“⁵⁹⁾

Diese Auffassung ist um die Jahrhundertwende übrigens nicht nur von Deutschen vertreten worden, sie wurde auch z. B. von dem schwedischen Staatsrechtler Rudolf Kjellén geteilt. Er schrieb im Jahre 1913, daß das, was bisher nur ein voreiliger Gedanke gewesen wäre, die Einigung Europas, nunmehr den „Charakter einer Notwendigkeit im Interesse der Selbsterhaltung“ angenommen habe. „Nur durch den Zusammenschluß können die heutigen europäischen Staaten ihre Widerstandskraft gegenüber schneller wachsenden Gegnern bewahren, die ihre Gebiete mit zweistelligen Millionen zählen und sie gleichzeitig mit eigenen Vorräten ernähren können; ihre Schatten sehen wir bereits über unserem Erdteil in der amerikanischen, der russischen und der gelben Gefahr. So ist Europa unter einen Druck geraten, der möglicherweise einmal stark genug sein wird, die mächtigen Tatsachen und Traditionen, welche es noch in rein souveräne Teilchen zersplittern, zu überwinden. In einem solchen Zusammenschluß erscheint Deutschland als der geographisch und kulturell natürliche Führer.“⁶⁰⁾

Vor genau fünfundfünfzig Jahren, 1915, glaubte Friedrich Naumann, daß die Zentren der kommenden Weltmächte — außer auf der Linie Berlin—Prag—Wien — in London, New York und Moskau liegen würden. Unsicher war er lediglich, ob es auch noch in anderen Regionen zur Ausbildung von Weltmächten kommen werde. „Ob ein ostasiatischer Weltmittelpunkt in Japan oder in China sich bilden wird, liegt noch im unklaren. Ob Indien oder Afrika überhaupt jemals Mittelpunkte erster Größe hervorbringen, ist mindestens sehr fraglich. Dasselbe gilt von Süd-

⁵⁹⁾ K. Jentsch, in: *Die Gegenwart*, v. 9. 4. 1898.

⁶⁰⁾ R. Kjellén, *Die Großmächte der Gegenwart*, Leipzig und Berlin 1915⁵, S. 204 f.

amerika.“⁶¹⁾ Der Zusammenhang zwischen dem versuchten Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht und der Schaffung eines weltweiten Machtgleichgewichtes, der — meiner Ansicht nach — zum Schaden seiner Arbeiten von dem Hamburger Historiker Fritz Fischer übersehen wird⁶²⁾, ist vielleicht am klarsten von Otto Hintze formuliert worden, als er im Jahre 1916 verkündete: „Unter Weltmacht verstehen wir nicht eine überragende, der Welt das Gesetz gebende Macht, nicht ein neues Rom, das keine andere gleichberechtigte Macht neben sich duldet, sondern eine Großmacht im Rahmen des neuen Weltstaatsystems, eine Macht vom Typus, wie ihn die vergrößerten und erweiterten Weltverhältnisse bedingen und erfordern. Wir wollen als eine Weltmacht neben anderen Weltmächten in der zukünftigen Staatengesellschaft stehen, wie wir als eine Großmacht neben anderen Großmächten in dem bisherigen europäischen Staatensystem gestanden haben ... Der Gedanke, der unserer Politik zugrunde liegt, ist also nicht der der Weltherrschaft, sondern vielmehr der des Gleichgewichts der Mächte.“⁶³⁾

In diesem Lichte gesehen, war der Erste Weltkrieg ein Kampf zwischen den Mächten, die in Verfolgung ihrer Interessen das europäische Gleichgewichtssystem erhalten wollten und es dann doch nicht am Leben erhalten haben, und denen, die es in Verfolgung ihrer Interessen

⁶¹⁾ F. Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 165. Vgl. auch: „Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfaßt. Man denkt, wie einst Cecil Rhodes sich ausdrückte, ‚in Erdteilen‘. Wer klein und allein sein will, wird trotzdem von selber mit abhängig von den Lageveränderungen der großen Mächte. ... Wer unverbündet ist, ist isoliert; wer isoliert ist, ist gefährdet.“ Ebd., S. 4.

⁶²⁾ Obwohl F. Fischer diesen Zusammenhang nicht unbekannt ist, hat er den doppelten Aspekt, der die deutsche Politik vor und während des Ersten Weltkrieges überhaupt erst verständlich macht, in seinen beiden Hauptwerken nicht erfaßt. Er hat sich statt dessen ausschließlich auf das deutsche Streben, zur europäischen Hegemonialmacht aufzusteigen, kapriziert, für das er allein innenpolitische Faktoren verantwortlich macht. Vgl. F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht — Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961, und: *Krieg der Illusionen — Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969.

⁶³⁾ O. Hintze, *Der Sinn des Krieges*, in: ders. (Hrsg.), *a. a. O.*, II. S. 822 f.

in ein Weltgleichgewichtssystem überführen wollten und dabei keinen Erfolg gehabt haben⁶⁴⁾. Gescheitert sind sie alle; die einen früher, die anderen später. „Es ist“, schreibt Ludwig Dehio, „als ob sich die Duellanten wechselseitig durchbohrt hätten.“⁶⁵⁾

Noch ein zweites Mal ist das politische Denken in Deutschland in weltpolitische Bahnen gelenkt worden. Die nationalsozialistische Zeit verdient deswegen hier Beachtung, weil es in ihr, abseits vom Strom der offiziellen Verlautbarungen, auch Überlegungen gegeben hat, die an ein früheres Gleichgewichtdenken anknüpften und die bis in die Gegenwart hinein aktuell geblieben sind. Reinhard Höhn, Professor an der Berliner Universität, sah im Jahre 1941 Kräfte am Werk, welche nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt politische Gemeinschaften einer neuen Größenordnung ins Leben rufen würden: „So wie das Aufkommen von souveränen Staaten einst die Reiche zerstörte, so saugen die Großräume (heute) die Staaten auf.“⁶⁶⁾ Mit dem Terminus Großraum taucht ein Begriff auf, der von Carl Schmitt in die Staats- und Völkerrechtslehre einzuführen versucht worden ist. Er selbst vermeinte die Notwendigkeit zu sehen, einer politischen Zwischeninstanz Anerkennung und einen Namen zu verschaffen, welche zwischen einem „Almanach-Staaten“-System (H. Jahrreiß) und einem Weltstaatsystem ihren historischen Platz hat. Als Präzedenzfall berief er sich dabei auf die Monroe-Doktrin aus dem

⁶⁴⁾ Vgl. dazu W. Vogel, *Das neue Europa*, Leipzig 1925, S. 32, wo es heißt: „Die deutsche Auffassung (vor und während des Ersten Weltkrieges — H. W.) ging im allgemeinen dahin, daß Deutschland nur seinem berechtigten und natürlichen Ausdehnungsstreben nachkomme und daß es allerdings sein geschichtlicher Beruf sei, den Zustand des europäischen Gleichgewichts in einen solchen des Weltgleichgewichts zu überführen.“ Ferner L. Dehio, *a. a. O.*, S. 37 ff.

⁶⁵⁾ L. Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie — Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948, S. 228. — Über das nach Dehio seit 1871 gestörte europäische Gleichgewichtssystem heißt es an anderer Stelle: „Im engen Rahmen des morbiden Systems war das größte und vitalste Volk Europas nur zeitweise zu fesseln, nicht dauernd zu befriedigen.“ L. Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, S. 27.

⁶⁶⁾ R. Höhn, *Großraum und völkisches Rechtsdenken*, Darmstadt 1941, S. 7.

Jahre 1823, welche er die „erste Erklärung in der Geschichte des modernen Völkerrechts“ genannt hat, „die von einem Großraum spricht und für ihn den Grundsatz der Nichtintervention raumfremder Mächte aufstellt“⁶⁷⁾.

An dieser Interpretation der Monroe-Doktrin haben zwei Aspekte eine unverminderte Aktualität bewahrt: die innere Struktur des Großraumes und seine Außenbeziehungen. Mit der Konzeption des Großraumes, der von einer Führungsmacht, von ihm „Reich“ genannt, konstituiert und garantiert wird, was praktisch der Anerkennung oder doch Hinnahme eines regional begrenzten „Interventionsrechtes“ und „Interventionsverbotes“ gleichkam, hat Carl Schmitt einen Prototyp international relevanter Organisationsformen namhaft gemacht, für den die Geschichte der Nachkriegszeit ihre Beispiele hat. Und als Folge der sich konstituierenden Großräume hielt er es für wahrscheinlich, daß in Zukunft vier verschiedene Formen internationaler Beziehungen zu unterscheiden sein werden: „Erstens solche zwischen den Großräumen im ganzen, weil diese Großräume selbstverständlich nicht hermetisch abgeschlossene Blöcke sein sollen, sondern auch zwischen ihnen ökonomischer und sonstiger Austausch und in diesem Sinne ein ‚Welthandel‘ stattfindet; zweitens zwischenreichliche Beziehungen zwischen den führenden Reichen dieser Großräume; drittens zwischen-völkische Beziehungen innerhalb eines Großraumes und endlich — unter dem Vorbehalt der Nichteinmischung raumfremder Mächte — zwischen-völkische Beziehungen zwischen Völkern verschiedener Großräume.“⁶⁸⁾ Auch damit hatte Carl Schmitt Realitäten antizipiert, die — unabhängig von den Ereignissen, deren Zeuge er war und deren Kommentator er zu sein glaubte — geschichtswirksam geworden sind.

In den Großräumen erblickte Werner Daitz, der diesen Gedanken mitten im Zweiten Weltkrieg öffentlich entwickelt hat, die Fundamente der neuen, sich abzeichnenden Weltordnung. Er sagte voraus, daß sich noch während des

⁶⁷⁾ C. Schmitt, Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte — Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, Berlin—Leipzig—Wien 1941, S. 18.

⁶⁸⁾ C. Schmitt, a. a. O., S. 47 f.

Krieges und unmittelbar nach seinem Ende insgesamt sechs Großräume konstituieren würden:

1. der Großraum der ostasiatischen Völkerfamilie
2. der Großraum der indisch-malaysischen Völkerfamilie
3. der Großraum der europäischen Völkerfamilie
4. der Großraum der afrikanischen Völker schwarzer Rasse
5. der Großraum der anglo-amerikanischen Völker Nordamerikas und
6. der Großraum der latein-amerikanischen Völker Südamerikas.

Nicht ganz klar war er sich, ob es auch zur Bildung eines siebenten Großraumes der arabischen Völker kommen werde. Aber bedacht hat er doch schon die Möglichkeit, daß es in einer fernerer Zukunft auch zu einer engen Kooperation zwischen den einander zugeordneten, auf der nördlichen und der südlichen Erdhälfte gelegenen Großräumen kommen könne. „Diese sechs Großräume, die heute schon harte, politische Realitäten sind, stehen insofern in einem interessanten natürlichen Verhältnis zueinander und bilden dadurch gewissermaßen drei Paare, als der südlich gelegene der tropische Komplementär zum nördlichen ist.“⁶⁹⁾ Eine so strukturierte Weltordnung, das war seine Erwartung, „wird sich als friedlicher und krisenfester erweisen als die Unordnung der letzten Jahrtausende.“⁷⁰⁾

⁶⁹⁾ W. Daitz, Lebensraum und gerechte Weltordnung — Grundlagen einer Anti-Atlantikcharta, Amsterdam 1943, S. 31. Ferner auch S. 50, 115 f., 127 f. — Ein anderer Versuch, einen Großraum zu bestimmen, stammt von G. Jentsch: „Ein Gebiet, dessen einzelne Staaten in gut nachbarlichem Vertrauen und mit Verständnis für ihre gegenseitigen Bedürfnisse einander politisch ‚zugewandt‘ sind und einander die Sicherheit geben, daß keiner der Teilnehmer eine Politik der Feindschaft oder Allianz gegen irgendeinen anderen Staat im selben Raum verfolgt, besonders nicht in Verbindung mit Außenseibern oder als deren Werkzeug.“ G. Jentsch, Lebensraum, in: Monatshefte für auswärtige Politik, Berlin 1940, 7/2, S. 85.

⁷⁰⁾ W. Daitz, a. a. O., S. 34. Vgl. auch: „... es gibt keine neuen Kontinente mehr zu entdecken. Die vorhandenen richten sich nunmehr planmäßig als durch Völkerfamilien biologisch gebundene Großraumwirtschaften ein. Sie werden so zu Bausteinen einer neuen, natürlichen und friedlicheren Welt- und Wirtschaftsordnung.“ Ebda. S. 104.

Auch gegen die Doktrin des Regionalismus, die — das sei noch einmal besonders hervor- gehoben — gegenwärtig nicht die Maxime der offiziellen amerikanischen Außenpolitik ist ⁷¹⁾, sondern die in den USA neben anderen außen- politischen Konzeptionen diskutiert und ver- treten wird, ist im Sinne von Karl Mannheim der Ideologieverdacht zu richten ⁷²⁾. Im Ver- gleich zu den europäischen Erfahrungen mit einer Gleichgewichtspolitik, von denen hier die Rede war, läßt sich vom Regionalismus weder sagen, daß sich hinter ihm das Interesse der Vereinigten Staaten an der für sie vorteilhaf- ten Aufrechterhaltung des internationalen Sta- tus quo verbirgt, noch, daß damit der Aufstieg der USA zu einer Weltmacht oder zu der Welt- vormacht getarnt wird. Im Gegenteil, das inter- nationale Machtssystem soll erklärtermaßen reorganisiert, das Gewicht der USA in ihm und ihre Verantwortung für sein Funktionieren sollen reduziert werden.

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß dabei Interessen im Spiel sind und daß es um Ände- rungen zum Vorteil der USA geht: um den Ausgleich zwischen den von den Vereinigten Staaten eingegangenen weltweiten Verpflich- tungen und ihren vorhandenen begrenzten Möglichkeiten, um die Umverteilung von Lasten, die Befreiung von Ballast. Interessen und Vorteile dieser Art sind, wenn überhaupt, allenfalls mit jenen zu vergleichen, die Kaiser Franz II. im Jahre 1806 dazu bestimmten, die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation niederzulegen ⁷³⁾ — damit

seine Macht auch offiziell von dem schwan- kenden Boden des Reiches lösend und auf die festeren des österreichischen Staates grün- dend —, und mit jenen, die Großbritannien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ver- anlaßten, die Verbindung mit seinen über- seeischen Besitzungen, darunter auch zu In- dien, diplomatisch geschickt zu entflechten ⁷⁴⁾.

Die Doktrin des Regionalismus eröffnet, und das mag einen Teil der von ihr in den USA ausgehenden Faszination erklären, einen Weg, auf den sich die Anhänger ihrer beiden traditionellen außenpolitischen Schulen eini- gen können, da *diese Konzeption zwischen Isolationismus und Universalismus vermittelt*. Durch internationale Regionalisierung sollen, wie ihre Befürworter erklären, die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine einheitliche Weltorganisation überhaupt erst funktions- und aktionsfähig machen würden. In diesem Sinne ist eine auf Regionen beru- hende Weltordnung „the halfway house bet- ween the nation-state and a world not ready to become one“ ⁷⁵⁾ sowie „the next big step forward in international cooperation“ ⁷⁶⁾ und „both a stage in the development of the global society and a permanent part of its struc- ture“ ⁷⁷⁾ genannt worden. Der sich in diesen Worten äußernde Gesinnungswandel ist bereits im Jahre 1940 von Edward H. Carr auf die Formel eines „escape from a theoretical

Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staats- körper des deutschen Reichs gebunden hat, als ge- löst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der con- föderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich losgezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen“. Zit. nach: E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Ver- fassungsgeschichte, Stuttgart 1961, I, S. 36.

⁷⁴⁾ Vgl. H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations*, p. 141 f.

⁷⁵⁾ Sir Oliver Franks, zit. nach: F. O. Wilcox, *Regionalism and the United Nations*, in: *International Organization*, 1965, 19, p. 811.

⁷⁶⁾ *Christian Science Monitor*, v. 25. 3. 1965.

⁷⁷⁾ A. Etzioni, *The Hard Way to Peace — A New Strategy*, New York 1962, p. 195.

⁷¹⁾ Die von R. C. Lawson bereits im Jahre 1962 ge- troffene Feststellung, daß „regionalism can without exaggeration be termed a cornerstone of American foreign policy“, trifft zu diesem Zeitpunkt allen- falls auf die von den USA organisierten Militär- paktsysteme zu. Der Begriff „regionalism“ wird hier in einem ganz spezifischen Sinne verwandt, der sich später gewandelt hat. R. C. Lawson, *International Regional Organizations — Constitutional Founda- tions*, New York 1962, p. VI.

⁷²⁾ Vgl. K. Mannheim, *Ideologie und Utopie*, Frank- furt a. M. 1965⁴, S. 53 ff.

⁷³⁾ Vgl. die offizielle Abdankungsurkunde von Kaiser Franz II. vom 6. 8. 1806, worin es heißt: „Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, daß

and ineffective universalism into practical and workable regionalism" gebracht worden⁷⁸⁾. Andererseits vermag die Konzeption auch jene anzusprechen, die gegenwärtig einem gebrochenen Isolationismus, dem, wie er neuerdings genannt wird, „limitationism“ anhängen⁷⁹⁾. Zur Erreichung ihres Zieles, die USA nach Möglichkeit aus den Händeln der Welt herauszuhalten, ohne doch ihre Machtposition zu schmälern, kann der Regionalismus als Kompaß dienen. Tatsächlich hat der Regionalismus seine Anhänger auf beiden Seiten gefunden. Er präsentiert sich als die Vermittlung von zwei unpraktikablen, nicht einmal mehr theoretisch interessanten extremen Positionen.

Die hier nicht zu entfaltenden Vorbehalte und Einwände gegen die Doktrin des Regionalismus konzentrieren sich auf drei Punkte, die als Fragen formuliert seien:

Erstens: Die Schaffung von regionalen Einheiten kontinentalen Zuschnitts würde zwar zu einer Reduzierung möglicher Konfliktfälle, aber doch auch zu einer Vergrößerung vorhandener Konfliktpotentiale führen. Inwieweit wird auf diese Weise die internationale Stabilität nicht gefestigt, sondern im Gegenteil gefährdet?

Zweitens: Durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik auf einen Stand, der im Falle eines mit nuklearen Waffensystemen ausgetragenen Konfliktes die Existenz der Menschheit bedroht, ist ein neues Element in die internationale Politik getreten, das in Rechnung zu stellen ist. Inwieweit wird, wenn sich die Zahl nicht nur der Atomwaffen besitzenden Mächte, sondern auch der für einen Atomwaffenkrieg potentiell oder tatsächlich gerüsteten Kontinentalmächte vergrößern würde, die Verhinderung der Proliferation von Atomwaffen unmöglich bzw. unwirksam gemacht und die Gefahr eines Atomwaffenkrieges erhöht?

⁷⁸⁾ E. H. Carr, *Nationalism and After*, London 1945, p. 45.

⁷⁹⁾ Vgl. Ch. Gati, *Another Grand Debate? — The Limitationist Critique of American Foreign Policy*, in: *World Politics*, 1968, 21/1, p. 133—151.

Drittens: Die Regionalisierung hat auch eine innenpolitische und moralische Kehrseite. Unmittelbar von ihr betroffen wird die innere Ordnung und das Leben der Bürger einer jeden einzelnen regionalen Einheit. Inwieweit wird auf diese Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker negiert, werden demokratische Regierungsformen gefährdet und individuelle Freiheiten abgeschrieben?

Die hier aufgeworfenen, gewiß nicht einfachen, sondern überaus komplexen Probleme werden in den Vereinigten Staaten in großer Breite und mit Leidenschaft diskutiert⁸⁰⁾. Die dabei angefallenen Ergebnisse sind überprüfbar. Sie haben bisher, so kritisch und einschränkend sie im einzelnen auch ausgefallen sind, das Interesse an der Doktrin des Regionalismus nicht zu mindern vermocht. Dies nicht etwa deshalb, weil die Einwände nicht schwer und bedenkenswert sind, sondern weil es offenbar an überzeugenderen und gleichzeitig praktikablen Alternativen mangelt.

Grundsätzliche und, wie ich fürchte, auch mit den stärksten Argumenten nicht zu überwindende Ablehnung ist von zwei Seiten zu erwarten: Von denen, die den Status quo des internationalen Staatensystems, die Kombination einer Vielzahl von Miniatur-, von einigen ehemaligen Groß- und von zwei Superstaaten verteidigen, und denen, die diesen Status sogleich und unmittelbar in eine Weltorganisation überführen wollen. Das sind durch vielfältige Interessen und ehrenwerte Wünsche gedeckte Positionen, von denen allerdings zweifelhaft ist, ob sie nicht historisch unzeitgemäß sind und dazu verurteilt, von den Ereignissen widerlegt zu werden.

Ein Argument jedenfalls scheint mir nur aufgrund eines bewußten oder unbewußten Mißverständnisses die Debatte in falsche Bahnen lenken zu können: daß die Konzeption des

⁸⁰⁾ Nach einer eigenen, unvollständigen Bibliographie wird das Thema Regionalismus von nicht weniger als 163, vorwiegend in jüngster Zeit erschienenen Publikationen, davon 117 in den USA, direkt oder indirekt behandelt.

Regionalismus zwar theoretisch interessant, daß aber die Wirklichkeit halt anders ist; daß diese Konzeption, um es mit einem viel mißbrauchten Wort zu sagen, utopisch ist. Den Anwälten des Regionalismus, die ich hier vorgestellt habe, geht es nicht darum, an die Stelle der Wirklichkeit eine Idee zu setzen, sondern sie wollen die praktische Bewältigung und theoretische Analyse dieser Wirklichkeit durch eine Konzeption erleichtern. Durch eine Konzeption, von der Roger D. Masters gesagt hat, daß durch sie die langfristigen Ziele der amerikanischen Politik für die „nächsten Dekaden“, für die nächsten „50 bis 100 Jahre“ anvisiert werden sollen ⁸¹⁾.

Versucht man die in den Vereinigten Staaten in jüngster Zeit entwickelte Doktrin des Regionalismus auf einen politischen Begriff sui generis zu bringen, der naturgemäß ein neuer, ein erst noch mit Inhalten zu füllender Begriff sein kann, dann bietet sich dafür der des „Kontinentalismus“ an. Denn im Grunde geht es dabei um die bereits vorhandenen oder potentiell noch möglichen politischen Gemeinschaften von einer Größenordnung, die zwischen der von Nationalstaaten und der einer Weltorganisation steht. Diese Gemeinschaften können weder von der Nation im kulturellen

Sinne noch von der Menschheit insgesamt und auch nicht vom Begriff der Rasse her bestimmt werden. Ein in der Tat formales, aber vielleicht gerade deshalb brauchbares Kriterium ist ihre territoriale Basis. Sie verfügen, wenn sie auch nicht in jedem Fall mit den geographischen Kontinenten identisch sind, über ein Territorium von kontinentalen Ausmaßen. Dies ist ihr principium individuationis.

Darauf auch laufen die versuchten Definitionen moderner Weltmachtstellung hinaus, wie etwa diejenige von George W. Ball, der sie in „einer Art mathematischer Kurzschrift“ so formuliert hat: „Hilfsmittel und Bevölkerung eines Kontinents plus einem hohen Grad an innerer Stabilität und innerem Zusammenhalt plus einer starken Führung, die den Willen hat, die gemeinsamen Ziele der Gesellschaft zu definieren und nach dieser Erkenntnis zu handeln.“ ⁸²⁾ Es dürfte in diesem Zusammenhang so überraschend gar nicht einmal sein, wenn gleich sich darin ein Bruch mit mächtigen Traditionen ankündigt, aus Amerika die folgende Devise zur Außenpolitik zu vernehmen: „The immediate task, in short, is to make the world safe for the balance of power system, and the balance system safe for the world.“ ⁸³⁾

⁸¹⁾ R. D. Masters, A Multi-Bloc Model of the International System, in: The American Political Science Review, 1961, 55/4, p. 798.

⁸²⁾ G. W. Ball, Disziplin der Macht — Voraussetzungen für eine neue Weltordnung, Frankfurt a. M. 1968, S. 23.

⁸³⁾ I. L. Claude, Power and International Relations, New York 1962, p. 284.